Posener Zeitung.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Montage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an. Inserate (1¼ Sgr. für die viergespaltene Zeile) sind an die Expedition zu richten.

Amtliches.

Berlin, 2. Juli. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Konsul Rondeaux zu Rouen und dem Kreisgerichtssekretär Kanzleirath Overdyck zu Münster den Rothen Adler-Orden vierter Klasse so wie dem Schullehrer und Organisten Pleger zu Pröbbernau, im Landkreise Danzig, das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; die Wahl des Oberlehrers am Gymnasium zu Frankfurt a. d. O., Dr. Gustav Thiele, zum Direktor der Realschule zu Barmen zu genehmigen; und in Gemäßheit der von dem Gemeinderath zu Bielefeld getroffenen Wahl, den Kaufmann Christian Niemann daselbst als Beigeordneten der Stadt Bielefeld, für eine sechsjährige Amtsdauer zu bestätigen; auch dem General-Adjutanten, General-Lieutenant von Gerlach, die Erlaubniß zur Anlegung des von des Königs von Württemberg Maj. ihm verliehenen Großkreuzes des Friedrichs-Ordens, so wie dem Flügel-Adjutanten, Obersten Grafen zu Münster-Meinhöfel, zur Anlegung des ihm verliehenen Komthurkreuzes zweiter Klasse dieses Ordens zu ertheilen.

Der Bergamtskassen-Kontroleur, Rechnungsrath Walter, zu Essen ist in gleicher Eigenschaft an das Bergamt zu Bochum versetzt, bei dem K. Bergamte zu Essen ist der Sekretär Jahn zum Kassenkontroleur, und der Kalkulator Pork zum Sekretär und Registrator; so wie der Bureaugehülfe Gehrmann zum Bureauassistenten bei dem K. Ober-Bergamte zu Breslau ernannt worden. Der bisherige Bahnkontroleur bei der Aachen-Düsseldorf-Ruhrorter Eisenbahn, Wilhelm Otto, ist zum K. Ober-Güterverwalter ernannt worden.

Die Versetzung des Rechtsanwalts und Notars Menzel zu Hirschberg an das Kreisgericht zu Schweidnitz, ist auf seinen Antrag zurückgenommen worden.

Dem ordentlichen Lehrer am Gymnasium zu Görlitz, Karl Adolph Jehrisch, ist das Prädikat „Oberlehrer" beigelegt; die Berufung des Kandidaten des höheren Schulamts, Dr. Ferdinand Albert Martin Schultz, zum ordentlichen Lehrer am Friedrichsgymnasium zu Berlin; die des Dr. Heinrich Bögekamp zum ordentlichen Lehrer an der Louisenstädtischen Realschule zu Berlin; so wie die des Lehrers Dr. Herrmann Gustav Hoefig und des Schulamtskandidaten Rudolph Leo Adrian zu ordentlichen Lehrern am Gymnasium zu Görlitz genehmigt worden.

Se. K. H. der Prinz Friedrich Wilhelm von Preußen ist gestern von London in Potsdam eingetroffen.

Abgereist: Der Ober-Präsident der Provinz Pommern, Freiherr Senfft von Pilsach, nach Stettin.

Das 35. Stück der Gesetzsammlung, welches heute ausgegeben wird, enthält unter Nr. 4460 das Privilegium wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Kreis-Obligationen des Ahauser Kreises, im Betrage von 100,000 Thlr., vom 12. Mai 1856; unter Nr. 4461 das Gesetz, betr. die Einführung eines allgemeinen Landesgewichts, vom 17. Mai 1856; unter Nr. 4462 den Allerhöchsten Erlaß vom 19. Mai 1856, betr. die Errichtung einer Handelskammer für den Kreis Bochum; unter Nr. 4463 den Nachtrag zu dem Statut des Wittenberger Deichverbandes vom 7. Oktbr. 1850, vom 28. Mai 1856; unter Nr. 4464 das Gesetz, betr. die Abschätzung von Landgütern zum Behufe der Pflichttheilsberechnung in der Provinz Westfalen, vom 4. Juni 1856; unter Nr. 4465 das Gesetz, betr. die erleichterte Umwandlung altvorpommerscher und hinterpommerscher Lehne in Familien-Fideikommisse, vom 10. Juni 1856; unter Nr. 4466 die Bekanntmachung, betr. die unterm 9. Juni 1856 erfolgte Allerhöchste Bestätigung der Statuten einer Aktiengesellschaft unter dem Namen: „Magdeburger Bergwerks-Aktiengesellschaft", mit dem Domizil zu Magdeburg, vom 16. Juni 1856; und unter Nr. 4467 die Bekanntmachung, betr. die unterm 11. Juni 1856 erfolgte Allerhöchste Bestätigung der Statuten einer Aktiengesellschaft unter dem Namen: „Rheinische Bergbau- und Hüttenwesen-Aktiengesellschaft", mit dem Domizil zu Duisburg, vom 19. Juni 1856.

Berlin, den 30. Juni 1856.

Debits-Komtoir der Gesetz-Sammlung.

Telegraphische Depesche der Posener Zeitung.

London, Montag, 30. Juni, Nachts. In heutiger Sitzung des Oberhauses erklärte Clarendon, daß die in Betreff Neapels zwischen den Westmächten und Neapel stattfindende Korrespondenz noch nicht beendet sei.

Im Unterhause hat die Debatte über den Antrag Moore's, der einen Tadel gegen die Regierung wegen der englischen Rekrutirung in Nordamerika enthält, stattgefunden. Nachdem die Tories die Regierung heftig angegriffen hatten, wurde die Vertagung der Debatte beantragt. Die Regierung sprach sich gegen dieselbe aus; es wurde abgestimmt und der Antrag mit 210 gegen 110 Stimmen verworfen. Nach diesem Resultat willigte die Regierung in die Vertagung.

(Eingeg. 1. Juli, 9 Uhr Ab.)

Deutschland.

Preußen. ☾ Berlin, 1. Juli. [Vom Hofe; Fürstenkongreß; Unglücksfall ꝛc.] Se. Maj. der König verläßt morgen Töplitz und begiebt sich zunächst nach Karlsbad, wo er mit dem König von Griechenland zusammentrifft und dort zwei Tage verweilen und dann zur Kur nach Marienbad gehen will. Der Prinz Friedrich Wilhelm ist heute Morgen im besten Wohlsein aus London in Potsdam eingetroffen. Mittags kam derselbe nach Berlin und machte einigen hohen Generalen, darunter auch dem General v. Möllendorff, seinen Besuch. Um 2 Uhr fuhr der Prinz nach Potsdam zurück. Wie ich gehört, beabsichtigt der Prinz schon in diesen Tagen II. Maj. in Töplitz und Marienbad seinen Besuch zu machen. — Ende Juli kommen in Mannheim außer unserem Könige, dem Kaiser von Oestreich u. dem Könige von Bayern, auch der Kaiser von Frankreich, die Könige von Sachsen und Württemberg, der Großherzog von Hessen, der Herzog von Nassau, der Prinzregent von Baden und andere regierende Fürsten dort zusammen (s. unt.). Der Prinz Karl begiebt sich morgen früh über Weimar nach Baden-Baden und wird dort dieselben Zimmer beziehen, welche Prinzessin von Preußen bisher inne hatte; die Prinzessin Karl will am 6. Juli über Magdeburg, Weimar ꝛc. nach Schlangenbad abreisen. Der Landgraf und die Landgräfin von Hessen-Philippsthal begeben sich in diesen Tagen nach Schloß Barchfeld zurück. Der Minister des k. Hauses, v. Massow, hat sich auf seine Güter begeben und wird bis zur Rückkehr des Königs dort bleiben. Der Gesandtschafts-Sekretär Graf Brandenburg, welcher vor einiger Zeit aus London hier eingetroffen war, hat sich gestern Abend mit dem Kölner Kourierzuge dorthin zurückbegeben. Der Generalkonsul von Antwerpen, Graf zu Eulenburg, ist von seiner Besuchsreise nach der Provinz Preußen hierher zurückgekehrt. — Großes Aufsehen erregt hier die polizeiliche Verhaftung eines Theaterdirektors, des Kassirers und der Schauspielerin D. Was diesen Personen eigentlich zur Last fällt, habe ich augenblicklich nicht erfahren können. Die Verhaftung soll unter Dr. Stiebers Leitung vorgenommen worden sein. Obgleich der Theaterdirektor verheirathet ist, so weiß man sich doch von seinem intimen Verhältniß mit der Schauspielerin D. mancherlei zu erzählen. Daß er ihr mit seiner Gunst auch die dankbarsten Rollen zugewandt, hatte das Theaterpublikum schon längst gemerkt. — Bei dem benachbarten Dorfe Steglitz wurde heute Vormittag das 4jährige Kind eines Tagearbeiters, im Begriff über die Bahn zu laufen, von dem von Potsdam kommenden Magdeburger Güterzuge übergefahren. Völlig zermalmt, fand das Kind augenblicklich seinen Tod. — In Rußland wird eine Reform des Unterrichtswesens vorbereitet. Russische Schulmänner durchwandern gegenwärtig unsere Unterrichtsanstalten, um die Methoden, den Stufengang ꝛc. näher kennen zu lernen. In dieser Woche wohnten sie dem Unterrichte im Friedrich-Wilhelmsgymnasium, in der k. Realschule und in der Elisabethschule bei.

Berlin, 1. Juli. [Handelsgesetzbuch.] In Betreff der legislativen Verhandlungen über das neue Handelsgesetzbuch geht uns die Nachricht zu, daß der im Justizministerium ausgearbeitete Entwurf nunmehr binnen Kurzem beendigt sein wird. Die in mehreren Zeitungen verbreitete Angabe, daß dabei die französische Gesetzgebung zu Grunde gelegt worden sei, entbehrt übrigens jeder Begründung; sie widerlegt sich von selbst aus dem Gange, welchen unsere Regierung stets eingeschlagen hat, wenn es sich darum handelte, den Bedürfnissen des Handelsstandes zu entsprechen. Schon bei der Abfassung des Gesetzes über die Aktiengesellschaften, der Wechselordnung und der Konkursordnung ist man davon ausgegangen, daß die wesentliche Grundlage für solche Reformen nur in dem Rechtszustande zu finden sei, welcher sich in Preußen und Deutschland auf Grund der verschiedenen, in den einzelnen Landestheilen geltenden Rechtsnormen durch Handelsgebrauch, Doktrin und Praxis entwickelt hat. Von gleichen Prinzipien ist die Regierung auch bei der Ausarbeitung eines neuen Handelsgesetzbuchs ausgegangen, welche bereits vor längerer Zeit auf den dringenden Wunsch des preußischen Handelsstandes begonnen hat und sich nunmehr ihrem Abschluß nähert. Ein reiches Material dazu ist in Preußen durch die umfassenden Berichte gegeben, welche seit der Einleitung der Revision der Gesetzgebung zu verschiedenen und aus verschiedener Veranlassung von den Gerichten und Handelsbehörden, von praktischen Juristen und Kaufleuten erstattet worden sind. Ueber einen wichtigen Zweig des Handelsrechts, nämlich das Seerecht, haben vor einigen Jahren ausführliche Berathungen von Kommissionen in Königsberg, Danzig und Stettin stattgefunden. Sobald der Entwurf des Handelsgesetzbuchs beendigt sein wird, werden Kaufleute und praktische, in Handelssachen erfahrene Juristen über denselben in mündlichen Konferenzen vernommen werden, in gleicher Art, wie dies bei der Wechselordnung und der Konkursordnung mit anerkanntem Erfolge geschehen ist. Wenn das neue Handelsgesetzbuch hiernach vorzugsweise und wesentlich in deutscher Rechtsentwickelung und Handelsgewohnheit seinen Ursprung und seine Begründung finden wird, so kann es andererseits nicht in der Absicht der Regierung liegen, sich gegen ausländische Gesetzgebung und Rechtswissenschaft geradezu abzuschließen. Die Beziehungen der Handelswelt in den verschiedenen Ländern sind so mannichfach, daß sich eine solche Auffassung in keiner Weise rechtfertigen ließe. Man wird das Gute nehmen, wo man es findet, und wird daher nicht blos das französische, sondern auch das englische, belgische und namentlich das holländische Handelsrecht von 1838, welches zwar auf der Grundlage der französischen Gesetzgebung beruht, aber sehr wesentliche und allgemein als zweckmäßig anerkannte Abänderungen und Ergänzungen derselben enthält, insoweit berücksichtigen, als es für unseren deutschen Zustände angemessen ist. (P. C.)

— [Die dänischen Herzogthümer; Zollerhöhungen.] Die „Schl. Z." läßt sich aus Berlin schreiben: Unser Kabinet hat in einer Depesche an den preuß. Gesandten in Kopenhagen, Grafen Oriolla, das rechtswidrige Verfahren Dänemarks gegen die Herzogthümer aus der Geschichte der Verfassungsentwickelung seit der dänischen Proklamation vom 28. Jan. 1852 nachgewiesen. Die Rechtsbeständigkeit der holsteinschen und lauenburgschen Stände wurde durch dieselbe wieder anerkannt, aber weder das Gesetz über die Bildung des Reichsraths vom 2. Oktbr. 1855, noch das Wahlgesetz zu demselben vorher zur Berathung den Ständen vorgelegt. Auch die Bestimmung, daß die Domänenverwaltung nicht mehr vom holsteinschen Minister abhänge, wie es die Proklamation vom 28. Febr. 1852 bestimmt, ist ein Eingriff in die selbständige Verwaltung des Bundeslandes Holstein-Lauenburg. — Preußen hatte schon auf der eilften Zollkonferenz im Jahre 1854 die Erklärung abgegeben, daß es die wiederholten Anträge der süddeutschen Regierungen wegen Erhöhung der Tabakssteuer in Erwägung ziehen und nach dem Ergebniß der angestellten Ermittelungen mit bestimmten Anträgen hervortreten wolle. An eine Einführung des Tabakmonopols, wie sie Württemberg, Bayern und Baden speziell verlangt, ist wohl nicht vor der Hand zu denken, sondern es wird zunächst nur eine Erhöhung der Einfuhrzölle in Betracht kommen, welche von Preußen auf der diesjährigen Konferenz in Eisenach eingebracht ist. Die Details sind noch nicht bekannt. Tabaksblätter und Stengel zahlten 1822 an Zoll 4 Thaler, wurden 1832 mit 5½ Thlr. versteuert, dann bei der Vereinigung mit dem Steuerverein auf 4 Thlr. herabgesetzt. Cigarren besteuerte man 1843 mit 15 Thlrn., gegenwärtig mit 20 Thlr. pro Ctnr. Auf der neunten Zollkonferenz 1851 beantragte Preußen für Cigarren einen Zoll von 25 Thlrn., konnte aber damit nicht durchdringen.

— [Die Eisenzölle.] Von den auf der zu Eisenach jetzt tagenden zwölften deutschen General-Zollkonferenz gestellten Anträgen ist der wichtigste derjenige der preußischen Regierung, welcher eine Herabsetzung der Eisenzölle bezweckt. Es ist dringend zu wünschen, daß das Resultat dieses Antrages günstiger ausfallen möge, als vor drei Jahren auf der hiesigen Zollkonferenz, obschon zu befürchten ist, daß das leidige Prinzip der erforderlichen Unanimität zur Gültigkeit bindender Beschlüsse auch jetzt der Förderung dieser wichtigen Angelegenheit die alten Schwierigkeiten bereite. Es ist eine alltägliche Wahrheit, daß gerade das Eisen am unentbehrlichsten für die Gewerbe, die Rhederei und den Landbau ist und daß nichts den Aufschwung jeder industriellen Produktion mehr zu hemmen im Stande ist, als die Vertheuerung dieses ihr unentbehrlichen Materials. Den größesten Widerstand wird die vorgeschlagene Herabsetzung der Eisenzölle auch dieses Mal wieder bei den Bergwerks- und Hüttenbesitzern finden, ein um so weniger gerechtfertigter Widerstand, als die Verarbeitung der Bergwerks- und Hüttenprodukte, die Verfertigung nämlich aller Arten von Werkzeugen, Maschinen u. s. w., bei weitem mehr Arbeitskräfte erfordert und bei weitem höhere Werthe erzeugt, als jene zu dieser Verarbeitung erforderlichen Halbfabrikate. Es ist gerade diese Verarbeitung der Berg- und Hüttenprodukte der bei weitem wichtigste Theil der industriellen Produktion, und ein Schutz, wenn einmal davon die Rede sein soll, müßte vernünftigerweise darin bestehen, diese Produktion vor dem Hemmniß des durch Zölle vertheuerten Eisens zu bewahren. Es ist längst anerkannt, daß jede Verhinderung der Einfuhr von einer Verhinderung der Produktion im eigenen Lande begleitet wird, daß sie zugleich die Einnahme der Staatskasse schmälert, die dadurch in die Lage versetzt wird, sich anderweitige Einnahmequellen durch Auflegung direkter Steuern zu verschaffen. Wie der Staat am besten durch das Gedeihen der Steuerpflichtigen seine Einnahmequellen erhöht, ebenso wird die Industrie nur dann gedeihen können, wenn die Konsumenten sich in materiell günstiger Lage befinden. Wird mithin das Eisen durch darauf gelegte Schutzzölle vertheuert, so folgt von selbst daraus, daß eine überwiegende Mehrheit der Bevölkerung sich der daraus gefertigten Gegenstände ganz oder theilweise enthalten muß, daß daher der Schutz die Konsumtionsfähigkeit vernichtet und sich selbst eine Nahrungsquelle nach und nach verstopft. Das einfachste Beispiel lehrt die Wahrheit dieses Satzes. Wenn z. B. in England jährlich auf den Kopf der Bevölkerung mindestens ein Ctr. Eisen kommt, so wird im Zollverein kaum ⅙ Centner Eisen verbraucht. Die fortschreitende Erhöhung der Eisenproduktion bei Verwohlfeilerung des Materials lehrt wiederum das Beispiel Englands, welches bei dem früheren Preise von 2 Thalern für den Centner nur 3 Mill. Ctr. Roheisen produzirte, während jetzt bei dem Preise von 1 Thlr. die Produktion über 30 Mill. Ctr. beträgt. Wie die Vertheuerung eines der nothwendigsten Halbfabrikate auf jeden Zweig der Industrie lähmend einwirkt, geht auch daraus hervor, daß nach einem früheren Gutachten hannöverscher Schiffsbauverständiger der Bau eines Schiffes von 469½ Normallasten zu 4000 Pfd. durch die Eingangsabgabe auf Eisen im Zollverein um 7 Thlr. 13 Sgr. die Last vertheuert wird. Diese Uebelstände sind oft genug auch in Gutachten preußischer Rheder, in Petitionen der bedeutendsten Ostseestädte schon längst dargelegt und man wird sich noch erinnern, daß eine Gesellschaft in Stettin den Beschluß faßte, den Bau mehrerer Dampfschiffe in Rostock vornehmen zu lassen, weil die hohen vereinsländischen Eisenzölle die Kosten zu unverhältnißmäßig erhöhten. Wie für die Rhederei, so ist gleichmäßig für den Ackerbau wie für die gesammte industrielle Produktion die möglichste Verwohlfeilerung des Eisens das dringendste Bedürfniß, und je großartiger sich der Eisenbahnbau, die Maschinenfabrikation u. s. w. zu entwickeln beginnt, je mehr der Landbau einer fördernden Sorge bedarf, um so nothwendiger erscheint es, der Gesammtheit dieser wichtigen Thätigkeitszweige die nothwendigste Quelle ihres Gedeihens durch Verwohlfeilerung des Eisens zu eröffnen. Während alle Länder im Begriffe sind, immer mehr die Bahn der Schutzzölle, wo diese noch bestehen, zu verlassen, während auch Oestreich noch kürzlich seinen Zolltarif wesentlich herabgesetzt hat und in Frankreich sich die einzig gesunden Ansichten dieses nationalökonomischen Prinzips immer mehr Bahn brechen, kann der Zollverein unmöglich ein Prinzip noch länger aufrecht erhalten wollen, dessen Verkehrtheit sich augenfällig erwiesen hat.

— [Ein östr. Journal über die Donaufürstenthümer und die preußische Presse.] Die „Ostd. Post" bringt an der Spitze ihres heutigen Blattes eine angebliche Pariser Korrespondenz, welche sowohl wegen des prägnanten Ausdrucks, den die Wiener Stellung zur Donaufürstenthümerfrage in ihr findet, als wegen der interessanten Belehrungen, die sie der deutschen Presse zukommen läßt, einer Mittheilung werth ist. Sie lautet: Die Reorganisation der Donaufürstenthümer ist keine große Frage, so vielen Lärm auch die preußische Presse darüber schlagen mag, denn ihre Lösung hängt einzig und allein von den diplomatischen Verhandlungen ab. Alle anderen Manifestationen, mit denen man so viel Parade macht und an deren Spitze sich sogar ein offizielles preußisches Organ stellt, sind leerer Spuk. In der diplomatischen Frage ist es Pflicht der Betheiligten heute, wo die Verhältnisse noch im Flusse sind, wohl darauf zu achten, daß man keinen Fehltritt thue. Eigentlich betheiligte Konferenzmitglieder aber sind nur drei: Oestreich, Rußland und die Pforte. Frankreich und England stehen in zweiter Linie. Rußlands Interessen stehen aber in der ganzen orientalischen Frage denen

In der Unterhaussitzung bittet Moore Lord Palmerston, einen Tag in der nächsten Woche zu bestimmen, an welchem die Diskussion über die Beziehungen zu Amerika stattfinden könne. Lord Palmerston: Der ehrenwerthe Herr wird es mir hoffentlich nicht als einen Mangel an Höflichkeit auslegen, wenn ich erkläre, daß ich seinem Wunsche nicht willfahren kann. Ich bin der Ansicht, daß es bei dem gegenwärtigen Stande unserer Beziehungen zu den Vereinigten Staaten nicht wünschenswerth ist, daß die gegenwärtig zwischen den beiden Ländern schwebenden Streitfragen zum Gegenstande der Diskussion gemacht werden. Diese Ansicht theilen, wie ich glaube, einige der ehrenwerthen Herren, welche im Allgemeinen die Politik der Regierung Ihrer Majestät nicht billigen, was mich um so mehr bestimmt, sie für die richtige zu halten. Da das der Fall ist, so wird der ehrenwerthe Herr mich sicherlich entschuldigen, wenn ich es im Namen der Regierung Ihrer Majestät ablehne, irgend welche direkte oder indirekte Verantwortlichkeit in Bezug auf das Stattfinden einer solchen Diskussion zu übernehmen. Ich kann daher keinen Tag für die Diskussion festsetzen, indem ich dadurch jedenfalls indirekt Seitens der Regierung meine Einwilligung dazu geben würde, daß die Diskussion stattfinde. Natürlich steht es dem ehrenwerthen Herrn frei, in Bezug auf die Schritte, die er zu thun gedenkt, nach seinem eigenen Ermessen zu handeln. Er wird zu erwägen haben, ob es mit seiner Pflicht gegen das Gemeinwohl verträglich ist, daß er seinen Antrag stellt, und wenn er entschlossen ist, ihn zu stellen, so bietet ihm die Geschäftsordnung des Hauses dazu ganz dieselbe Gelegenheit, wie jedem anderen nicht zur Regierung gehörigen Abgeordneten. Moore ist durch diese Antwort keineswegs befriedigt. Die schwersten Beschuldigungen, sagt er, seien gegen Crampton's Charakter und Verhalten erhoben worden. Die Landesehre erheische es, daß eine Untersuchung angestellt werde, inwiefern diese Anklagen gegründet seien, und daß das Haus der Gemeinen ein Verdikt fälle, welches dem amerikanischen Volke und den Nationen der Welt beweise, daß, was für Fehler auch immer englische Diplomaten oder ein englisches Kabinet begehen mögen, das englische Volk nicht dafür verantwortlich sei. Das Haus der Gemeinen sei seiner Ansicht nach verpflichtet, eine Meinung in dieser Frage abzugeben, und jedenfalls werde er, wenn es ihm die Geschäftsordnung gestatte, die Werbeangelegenheit zur Sprache bringen. — Currie fragt, ob die vom Oberhause übernommene Appellate-Jurisdiktion-Bill (die Reform des Oberhauses als höchsten Gerichtshofes betreffend), in welcher er einen Eingriff in die k. Prärogative erblicke, als eine Regierungsbill zu betrachten sei, und ob, wenn dies der Fall, die Regierung dafür sorgen werde, daß sie bald zur Diskussion komme. Lord Palmerston entgegnet, die Bill stimme allerdings nicht vollständig mit den Wünschen der Regierung überein; in Anbetracht der großen Wichtigkeit jedoch, welche die Regierung der von der Bill bezweckten Reform beilege, werde sie den Gesetzentwurf nach Kräften unterstützen. Daß die Diskussion bald stattfinde, halte er für wünschenswerth. Lord Elcho stellt den Antrag, die Königin in einer Adresse um Ernennung einer k. Kommission zu ersuchen, welche die Baustelle für die neu zu errichtende Nationalgalerie bestimmen und ihr Gutachten darüber abgeben solle, ob es wünschenswerth sei, in demselben Gebäude die artistischen und archäologischen Sammlungen des britischen Museums unterzubringen. Zwar habe sich ein früheres Komité für Kensington-Gore als für die Stelle, wo das neue Gebäude zu errichten sei, entschieden; doch müsse er diese Wahl als eine sehr unpassende betrachten. Der Antrag ist hauptsächlich gegen den Lieblingsplan des Prinzen Albert gerichtet, die Nationalgalerie aus dem allerdings sehr unzweckmäßigen und häßlichen Gebäude auf Trafalgar-Square nach Kensington-Gore, weit westwärts, zu verlegen. Es entspinnt sich eine sehr lange Debatte, an welcher Milnes, der Schatzkanzler, Labouchere, Spooner, Lord J. Russell, Disraeli und Lord Palmerston Theil nehmen. Die Mitglieder der Regierung treten für den Plan des Prinzen Albert in die Schranken; nichtsdestoweniger ist das Endresultat der Debatte, daß der Antrag Lord Elcho's mit 153 gegen 145 Stimmen angenommen wird.

Frankreich.

Paris, 29. Juni. [Die neapolitanische Frage; die Dotationen.] Ich bin Ihnen in Hinsicht auf die neue Ungunst, die sich Neapel zugezogen hat, im Grunde die Pointe schuldig geblieben. Die Sache ist die, daß noch keine Pointe vorhanden ist. Ich habe Ihnen bereits angedeutet, welche Gründe Baron Brennier hat, die rauhe Seite jetzt nicht herauszukehren. In dem Augenblick, wo England sich nicht mehr halten läßt, und Frankreich dann es vorziehen muß, Partner beim Spiel zu sein, um England nicht allein agiren zu lassen, wird Brennier ersetzt werden. Bis diesen Augenblick ist nichts Akutes geschehen, um der Verstimmung, die gegen Neapel hier wieder herrscht, einen energischen Ausdruck zu leihen. Es sind in der That auch die Punkte, welche man in London vorzugsweise in's Auge faßt, nicht diejenigen, die hier zu einer Aktion herausfordern. Das Hauptverbrechen, welches man in London dem Könige von Neapel zur Last legt, ist die Verletzung der Konstitution, und es hieße zu viel verlangen, wenn das Regime vom 2. Dezember sich über diese Bagatelle ereifern sollte. — Wie man gegenwärtig in Erfahrung bringt, hatte auch die Reise des Königs von Würtemberg nach Paris vor einigen Wochen einen nahen Zusammenhang mit der Abfindung der Töchter und Töchterkinder Louis Philipps. Sie wissen, daß die Gemahlin des Herzogs Alexander von Württemberg zu denjenigen gehört, welchen die Rente, die für die konfiszirten Güter gezahlt werden soll, zu gute kommen würde. Von einer Ablehnung des Anerbietens ist, wie Sie leicht denken können, nicht die Rede. Die Angelegenheit war abgemacht, bevor das Dotationsgesetz an den Staatsrath abgegangen war. Ein Protest geht nun von den Söhnen Louis Philipps aus (s. gestr. Ztg.), die erklären werden, daß sie trotz der von ihren Schwestern oder deren Erben angenommenen Ausgleichung die Beschlagnahme der Apanagengüter so wenig wie die Motive, die diese Maaßregel rechtfertigen sollten, als eine gesetzliche und verfassungsmäßige anerkennen können. Ein solcher Protest ist bereits eingegangen und lehnt sich besonders gegen die „bienveillance" auf, aus welcher Louis Napoleon in dem den Gesetzentwurf begleitenden Exposé des motifs die dargebotene Entschädigung herleitet. Die Prinzen erklären, es sei eine Verleumdung, von ihrem Vater zu sagen, er habe nur im beschränkten Familieninteresse regiert, und wie die Beschlagnahme ihres väterlichen Erbes sie zum Widerspruch genöthigt habe, so zwinge sie jetzt die Erklärung, daß das „Wohlwollen" des Machthabers der Grund der Entschädigung sei, Einspruch zu erheben. Denn beide, die Maaßregel und die jetzt vorgeschlagene Reparation, gehen von dem gleichen Gedanken aus, daß das Eigenthum der Familie Orleans in Frankreich durch kein Recht geschützt sei. (B. B. Z.)

— [Ein kaiserl. Familienprozeß.] Vor wenigen Tagen wurde bei dem Civilgerichte des Seine-Departements ein Prozeß anhängig gemacht, der ein großes Aufsehen verursachen wird. Im Jahre 1853 sind die Herren Patterson, Sohn und Enkel des Prinzen Jerome, aus Amerika hier angekommen. Der Prinz, so wie der Kaiser empfingen sie mit Zärtlichkeit. Der junge Patterson ist gegenwärtig etwa 24 Jahre alt. Er war Offizier im Heere der Vereinigten Staaten, und der Kaiser verlieh ihm denselben Rang in der französischen Infanterie. Der „Moniteur" nannte ihn, als er seine Ernennung veröffentlichte, Kaiserl. Hoheit Patterson-Bonaparte. Der junge nordamerikanisch-französische Prinz hat den Feldzug in der Krimm mit Auszeichnung mitgemacht. Seine Bravour, seine Gestalt, sein feines ritterliches Benehmen erwarben ihm im ganzen Heere, bei Offizieren und Soldaten, eine außerordentliche Beliebtheit und die wiederholt ausgesprochene Gunst des Kaisers. Seine Familie im Palais royal hingegen änderte plötzlich ihre Gefühle gegen ihn. Man erkannte dort in ihm plötzlich einen Prätendenten. In der That, wenn die auf Befehl des Kaisers Napoleon I. geschiedene Ehe des Jerome Bonaparte mit der Miß Patterson vor dem französischen Gesetze gültig ist, und Patterson das Recht hat, den Namen seines Vaters und resp. Großvaters zu führen, so geht er in den Aussichten und Ansprüchen auf die französ. Thronfolge dem Prinzen Napoleon Bonaparte voran. Der Prinz Jerome verbot nun vor Kurzem seinem Sohne und Enkel Patterson, sich Bonaparte zu nennen. Beide verweigerten, auf einen Namen zu verzichten, den ihnen ihre Geburt gegeben und der „Moniteur" bestätigt hatte. Jerome schickte ihnen eine gerichtliche Aufforderung, und überreichte sodann eine Klage bei dem Civilgerichte der Seine. Patterson nahm den Prozeß an, und wählte, merkwürdig genug, Berryer, der den Grafen Chambord oder Heinrich V. vertritt, zu seinem Advokaten. Es ist jedoch nicht zu bezweifeln, daß der Kaiser diesen Prozeß niederschlagen und von der ihm verfassungsmäßig zustehenden Gerichtsbarkeit über alle Glieder der kaiserl. Familie Gebrauch machen wird.

— [Empfang in St. Cloud; Opposition; Schutzzölle.] Gestern empfing der Kaiser, von der Kaiserin begleitet, die ihren Sohn auf dem Arme trug, in der großen Galerie des Palastes von St. Cloud die Präsidenten und Mitglieder der Ausschüsse, die sich in den zwölf Bezirken von Paris und in den Bezirken von St. Denis und Sceaux für die am 16. März aus Anlaß der Geburt des Thronerben eröffnete Subskription gebildet hatten. Der Bürgermeister des zwölften Bezirkes begleitete die Zustellung der Subskriptionslisten mit einer kurzen Anrede, worin er erwähnte, daß mehr als 600,000 Unterzeichner ihr Scherflein zu dieser im Gesammtbetrage auf 100,000 Fr. sich belaufenden Kollekte beigetragen hätten, der die Kaiserin (wie bereits früher mitgetheilt) eine so wohlthätige Bestimmung zum Besten der unter den Schutz ihres Sohnes gestellten Waisenkinder angewiesen habe. — Der von Herrn Legrand verfaßte Kommissionsbericht über das Pensions- oder Dotationsgesetz, dessen Verwerfung darin unumwunden beantragt wird, ist jetzt veröffentlicht worden und macht, als der erste Akt entschiedener Opposition, der von einer Kommission des gesetzgebenden Körpers ausgegangen ist, ziemliches Aufsehen. — Die Handelskammer zu Roubaix soll aus Anlaß des Zollgesetzentwurfs, der bekanntlich in der Kammer, wie unter dem Handelsstande und den Fabrikanten zahlreiche Gegner hat, Abgeordnete an den Handelsminister abgeschickt haben, die ihm eröffneten, daß sämmtliche Fabrikarbeiter des Norddepartements über die beschlossenen Verbotsaufhebungen äußerst entrüstet seien, daß die politischen Umtriebler diese Unzufriedenheit auszubeuten nicht verfehlen würden, und daß, falls das Gesetz angenommen würde, die Fabrikanten den Lohn ihrer Arbeiter auf die Hälfte und die Zahl der wöchentlichen Arbeitstage auf vier herabsetzen müßten.

Niederlande.

Haag, 28. Juni. [Das Ergebniß der Deputirtenwahlen] in den verschiedenen Bezirken des Landes ist jetzt bekannt. Alle ausscheidenden Mitglieder der Kammer sind, mit Ausnahme von Groen van Prinsterer und van Lennep, die durch zwei Liberale ersetzt wurden, von Neuem gewählt worden. Die Stellung der Parteien in der Kammer ist also fast unverändert geblieben. Die Lage ist gespannter, als je. Alle Journale setzen ihre Bekämpfung des neuen Ministeriums in würdiger und gemäßigter Weise fort. Die „Arnheim'sche Kurant" fordert die Liberalen und die Konservativen auf, sich gegen die Feinde der verfassungsmäßigen und persönlichen Freiheiten zu vereinigen, was sich leicht bewerkstelligen lassen wird, wenn es nicht bereits geschehen ist. — Die Majorität der Kammer soll ihre Gesinnungen hinsichtlich des neuen Kabinettes dadurch bekunden wollen, daß sie den Führer der Liberalen, Herrn Thorbecke, zum ersten Kandidaten für die Präsidentschaft ernennt. Bisher war bloß Herr van der Brugghen zur Eidesleistung im Loo; für nächste Woche wird der König dahier erwartet. (Ind. B.)

Belgien.

Brüssel, 29. Juni. [Zollreformpläne.] Der Kongreß der Nationalökonomen, der vom 16. — 18. September 1847 hier tagte, gelangte zur Annahme der theoretischen Resolutionen: Der freie Handel ist ein Bedürfniß der menschlichen Gesellschaft und wird dazu führen: 1) den Verband der Völker, die, weit entfernt, einander tributiv zu werden, sich ökonomisch gegenseitig unterstützen würden, enger zu schließen; 2) die Gütererzeugung auszudehnen und der Industrie Schutz zu gewähren gegen die heftigen Erschütterungen, welche gegenwärtig den durch Prohibitionen verengten Markt zuweilen heimsuchen; 3) die Lage der Arbeiter zu verbessern, indem mehr Befriedigungsmittel mit weniger Arbeit werden erworben werden, und 4) eine Quelle beständiger Demoralisation zu zerstören. Der Kongreß erkannte aber die Nothwendigkeit, daß zur Ueberführung der heutigen Verkehrszustände in den Zustand der Handelsfreiheit praktische Rücksichten zu nehmen seien, und sprach den Wunsch aus, daß ein zweiter Kongreß sich besonders mit den praktischen Mitteln und Wegen beschäftigen möge. Der „belgische Verein für Zollreform" hat sich inzwischen mit dem Gegenstande weiter beschäftigt. Er hat in den verschiedenen Provinzen Belgiens Versammlungen gehalten und die Protokolle seiner Verhandlungen durch den Druck auch weiteren Kreisen zugänglich gemacht. Ich sende Ihnen dieselben. Sie werden daraus ersehen, wie eben unter den belgischen Industriellen selber die Einsicht erwacht, daß das gegenwärtige belgische Zollsystem in seinem Eifer, allen Zweigen der Industrie gleich gerecht zu werden, alle Zweige so belastet hat, daß viele derselben nicht mehr in weiteren Zollerhöhungen, sondern nur noch in Zollermäßigungen und in Vereinfachung des Tarifs Hülfe für sich zu suchen vermögen. Den Anfang will man bei den Rohprodukten und Halbfabrikaten machen, aber bei Herabsetzung der auf diesen lastenden Zölle auch sofort entsprechende Reduktionen bei jenen Artikeln vornehmen, deren Material durch jene Herabsetzungen entlastet wird. Nunmehr aber hat der belgische Verein den Augenblick für gekommen erachtet, jenen zweiten internationalen Kongreß, welchen der erste für wünschenswerth erklärt hatte, abzuhalten, und er hat deshalb überallhin Einladungen zu einer Zusammenkunft in Brüssel auf den 22., 23. und 24. des nächsten September erlassen. Der Kongreß von 1856 soll eine Fortsetzung des im Jahre 1847 abgehaltenen Kongresses sein; aber derselbe soll die Mittel und Wege, soll praktische Zollreformen berathen. Derselbe soll also auf die verschiedene Lage der Industrie und der Zollgesetzgebung in den verschiedenen zivilisirten Ländern eingehen, wobei er fast mehr der speziellen Statistik 2c., als der allgemeinen wissenschaftlichen Grundsätze bedarf. Es ist deshalb der Wunsch des einladenden Vereins, daß von vielen Seiten zweckmäßiges Material seinem Sekretariat (Adresse: Rue de l'Evêque à Bruxelles) zur Vorbereitung seiner besseren Benutzbarkeit eingesandt werden möge, insbesondere zur Beantwortung der Fragen: 1) welches sind die Hindernisse (künstliche oder natürliche), welche der Ausdehnung des Verkehrs derjenigen Nation entgegenstehen, die sie verbieten? und 2) welches sind die Mittel, die man vorgeschlagen hat oder vorschlagen sollte, um diese Hindernisse zu beseitigen oder doch zu vermindern? Der Kongreß soll sodann diese Fragen mit Berücksichtigung der Verschiedenheiten der Länder so behandeln, daß möglichst genaue und praktische Einsichten und Ansichten gewonnen werden.

Italien.

Neapel, 22. Juni. [Polizei.] Der Generalprokurator hat für mehrere der Angeklagten, die in den gegenwärtig daselbst verhandelten politischen Prozeß verwickelt sind, die Todesstrafe beantragt. Man versichert, der Minister des Innern und der Polizei, Cavaliere Bianchini, habe, da er zu der Einsicht gelangt sei, daß die Geschäfte seines Departements von Anderen, als von ihm, verrichtet werden, seine Entlassung eingereicht. Der König Ferdinand hat dieselbe noch nicht angenommen, sondern geantwortet, er werde sich die Sache überlegen. Dieser Entschluß des Cavaliere Bianchini hat seinen Grund in folgendem Vorfalle, an dessen Wahrheit ich leider nicht zweifeln darf. Vor einigen Tagen schrieb ein Polizeikommissar, Namens Ciofi, an Bianchini, es sei zu Lecce in Apulien ein furchtbares Complott gegen die Sicherheit des Staates im Werke, und wenn man ihm nicht die nöthigen Vollmachten zur Verhaftung von 400 Verschwörern verleihe, so stehe er nicht für die Ruhe der Stadt und der Provinz. Die Liste der angeblichen Verschwörer war dem Berichte beigefügt und begriff die Namen der geachtetsten und angesehensten Bewohner von Lecce in sich. Ehe er einen Befehl ertheilte, übersandte Bianchini dem Bischof von Lecce den Brief Ciofi's. Der ehrwürdige Prälat antwortete auf der Stelle, die Angaben Ciofi's seien durchaus falsch, und beschwor den Minister, den Rath des Polizeikommissars nicht zu beachten. Als Ciofi dies erfuhr, schrieb er direkt an den König, welcher dem Bischofe befahl, sich unverzüglich nach Neapel zu begeben. Der bischöfliche Wagen erhielt unter dem Namen einer Ehrengarde eine Eskorte von Gendarmen. Der über 80 Jahr alte ehrwürdige Prälat mußte sich der langen Reise unterziehen, und als er in Neapel angekommen war, traf er den König nicht dort, da derselbe sich in Capua befand. An letzterem Orte ward er vor den König vorgelassen. Seine ehrwürdige Erscheinung und seine Worte brachten eine große Wirkung hervor. Der König begriff, daß er zu weit gegangen sei, und drückte sein Bedauern darüber aus. Bianchini glaubte hierauf ein Recht zu haben, die Absetzung Ciofi's zu verlangen, und ward abschlägig beschieden. (Ind. B.)

Spanien.

Madrid, 25. Juni. [Die Verfassung; Eisenbahn; Unruhen.] Für die Veröffentlichung der Verfassung ist noch kein Zeitpunkt festgestellt; in keinem Falle erfolgt sie vor der Vertagung der Cortes, vielleicht aber findet sie, was bei der Stimmung der verschiedenen parlamentarischen Parteien, der Regierung und des Hofes selbst leicht erklärlich wäre, dieses Jahr überhaupt gar nicht statt. — Die Cortes haben den Entwurf genehmigt, der die Regierung ermächtigt, die Konzession der Eisenbahn von Madrid nach Irun dem spanischen Credit mobilier zu übertragen. — Bis jetzt hat der Verkauf der Nationalgüter etwas über 440 Millionen Realen aufgebracht; außerdem ergaben die abgelösten Bodenzinse und Gülten 108 Mill. R. — In der heutigen Cortessitzung äußerte Asensio, er halte es für geziemend, daß unter den obwaltenden Umständen, wo ähnliche Unruhen, wie zu Valladolid, auch auf andern Punkten auszubrechen drohten, die Cortes ihre Sitzungen nicht aussetzen und die Regierung ihrerseits das Nöthige zur Verhütung weiterer Ruhestörungen veranlasse. Der Minister der öffentlichen Bauten erwiderte: „Die Cortes stehen der Regierung stets zur Seite, und es ist ein vortrefflicher Gedanke, daß die Cortes in Permanenz bleiben wollen, um der Regierung mehr Kraft zu verleihen. Die Regierung hat bezüglich der Lebensmittel alles, was sie vermochte, gethan, um das Aeußerste zu vermeiden. Sie verlangte von den Provinzialbehörden Aufschlüsse; erst achtzehn Antworten sind eingelaufen, woraus ersichtlich ist, daß nur an drei Punkten für die Ernte Befürchtungen bestehen; in den andern Provinzen ist Vorrath an Getreide und Aussicht auf günstige Ernte."

— [Eine Depesche] aus Madrid vom 28. Juni lautet: „In Badajoz sind Unruhen ausgebrochen (s. gestr. tel. Dep.). Die Unruhestifter haben den Cirkus verbrannt. Die Ordnung ist wieder hergestellt." (?)

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 25. Juni. [Kaiserl. Schreiben an den Ministerpräsidenten v. Manteuffel.] Die hiesigen Blätter veröffentlichen nachstehendes Allerhöchstes Handschreiben an den k. preuß. Ministerkonseil-Präsidenten Baron Manteuffel: „Ihr Diensteifer für Unseren treuen Verbündeten und Freund, des Königs von Preußen Majestät, hat Ihnen ein Anrecht auf Unsere aufrichtige Hochschätzung erworben. Zum Zeichen derselben und Unseres besonderen Wohlwollens gegen Sie für Ihr unablässiges Streben, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Rußland und Preußen zu befestigen, haben Wir Sie zum Ritter des Ordens des heiligen Apostels Andreas des Erstberufenen ernannt, dessen Insignien Wir hierbei folgen lassen, und Ihnen wohlgewogen bleiben. Potsdam, 26. Mai (2. Juni) 1856. Alexander."

Warschau, 25. Juni. [Adelswahlen; Wollmarkt.] Am 12. sind die Adelswahlen für das Gouvernement Wolhynien zu Schitomir beendigt worden. Zum Gouvernementsmarschall wurde fast einstimmig der ehemalige Marschall des Nowogrod-Wolhynischen Kreises, Karl Mikulicz, gewählt; zum Präsidenten der Civilkammer (Gericht zweiter Instanz) Romuald Rudnicki, Gutsbesitzer im Owrutscher Kreise, ebenfalls fast einstimmig; zum Präsidenten des Gewissensgerichts Wladislaus Bozydar Podhorodenski, desgleichen; und zum Kurator des Schitomirschen Gouvernements-Gymnasiums Joseph Ignaz Kraszewski, als Schriftsteller bekannt, mit völliger Stimmeneinhelligkeit. Die große Einmüthigkeit, welche bei diesen Wahlen sich gezeigt, wird in den Korrespondenzen, welche die hiesigen Blätter darüber bringen, als Beweis eines rühmlichen Fortschritts im öffentlichen Leben der Polen begrüßt. Mit Bedauern wird nur von der einen Seite bemerkt, daß die von alter Zeit her bei solchen Gelegenheiten üblichen Festgelage auch bei diesen Wahlen noch nicht abgestellt worden, wogegen von anderer Seite entschuldigend angeführt wird, daß diesmal wenigstens kaum ein Fall vorliege, in welchem man argwöhnen könnte, daß die Gastereien als Bestechungsmittel hätten dienen sollen, und daß die meisten Festlichkeiten dieser Art erst nach vollzogener Wahl, zu Ehren des Gewählten, stattgefunden. — Die Wolle nimmt einen sehr wichtigen Platz unter den Produkten des Königreichs Polen ein. Seitdem vor etwa 40 Jahren durch das von den Landesbehörden beschützte Emporkommen der Tuchfabriken die Schafzucht einen größeren Aufschwung zu nehmen anfing, gelangte der Artikel Wolle zu immer größerer Wichtigkeit in der Landwirthschaft dieses Königsreichs. Als später die Tuchfabriken des Landes ihren Betrieb verminderten, begannen ansehnliche Quantitäten Wolle ins Ausland und ins russische Kaiserreich zu gehen. Gegenwärtig wird kaum die Hälfte der im Königreich Polen erzeugten Wolle im Lande selbst verarbeitet, die andere wird von fremden Fabriken verbraucht. Was die Fortschritte in der Qualität der Wolle

der Pforte und folgerecht auch Oestreich gegenüber, das wirklich die Fortdauer des ottomanischen Reiches will, schon einmal weil es als erhaltende Macht das Bestehende nicht gerne geändert sieht, dann aber weil es nichts Besseres an dessen Stelle zu setzen weiß, selbst aber nicht ländergierig ist. Rußland hingegen hat seine Projekte vertagt; ob es dieselben aufgegeben, das steht noch in Frage. Indem Rußland die Vereinigung der Donaufürstenthümer mit allem Eifer anstrebte, wollte es bezwecken, was es mit der Konstituirung Griechenlands bezweckte: es strebte ein zweites Griechenland an, ein Staat, der nicht gehen noch stehen kann, bis er einst Rußland einverleibt werde. Vereinigt wären die Fürstenthümer zu schwach, sich selbst zu halten, zu stark, um suzerän der Pforte zu sein. Sie würden nach den Nachbarländern gravitiren, würden, wie Griechenland, auszugreifen suchen. Gravitiren würden sie nach Rußland hin gleich Griechenland; das nationale Element ist in diesen Völkern das religiöse. Ausgreifen würden sie sowohl nach der Türkei als nach Oestreich hin. Haben wir doch selbst in diesem Stadium des Traumes von der Bukowina, Siebenbürgen und der Theißgrenze reden hören. Die Westmächte waren einen Moment lang von der wohlklingenden Idee nationaler Vereinigung der Rumänen bestochen, besser unterrichtet, haben sie einmal gesehen, daß die Salonrumänen in Paris nicht das halbwilde Volk an den Mündungen der Donau sind, die man hier so interessant, so anziehend fand. Sie haben an dem einen Griechenland genug und also schwerlich Lust, sich ein zweites aufzuladen; sie wollen Rußland nicht geben, was zu nehmen sie es verhinderten. Wir glauben daher, daß man diese Idee aufgegeben hat, und dieses Aufgeben dürfte die Lösung nicht wenig unterstützen. Die sogenannten Manifestationen des Volkswillens finden aber zum größten Theile in der Moldau statt, sie scheinen sehr in das Regiment des Fürsten Ghika zu fallen — eines Mannes, der, wie alle Schwächlinge, gerne ein populäres Panier ist, und wir treffen da plötzlich auf einen Einfluß, den wir kaum erwartet hätten, dessen Klarwerden aber auch Manches erklärt, was seit zwei Jahren so pompös durch die Welt klang. Wir glauben nicht, daß es der Wille des Königs Friedrich Wilhelm IV. ist. Oestreich überall und allenthalben zu schaden, aber die preußischen Agenten, besonders die schöngeistigen aus dem letzten Dezennium, affektiren überall eine Thätigkeit, als ob Preußen und Oestreich natürliche Feinde wären, als ob jenes Alles anstreben müßte, was dem Letzteren schadet, und in die Reihe derselben scheint der königl. preuß. Generalkonsul von Meysebach (von Meusebach?) zu gehören. Schon als Redakteur der damals „Konstitutionellen" jetzt „Preußischen Korrespondenz" i. J. 1849 trug Herr von Meysebach einen Oestreicherhaß zur Schau, der sich bis dahin verstieg, wo selbst das konstitutionelle Prinzip Halt gebietet. Es mag seltsam scheinen, daß die meiste Klage über die östreichische Okkupation aus preußischen Blättern stammte: der Sage nach stand Herr v. Meysebach nicht außer Verbindung mit einem in dieser Beziehung lebhaft bedienten rheinischen Blatte. Gegenwärtig ist es die „Preußische Korrespondenz", welche fortwährend derartige Berichte aus den Fürstenthümern bringt. Die „Preuß. Korrespondenz" berichtete zuerst über den Konflikt zwischen östreich. Husaren und der Bevölkerung, sie brachte ferner zuerst den Entwurf einer Adresse und veröffentlichte neuerdings das Protokoll des mehrerwähnten Vereins. Wir wollen daraus nicht der „Preußischen Korrespondenz" einen Vorwurf machen, sie mag immerhin solche Mittheilungen bringen; wir wollen nur darauf aufmerksam machen, daß man aus der Haltung derselben auf den Geist schließen kann, in welchem Herr v. Meysebach, der mit dem Fürsten Ghika sehr liirt ist, die Ansichten seiner Regierung in den Donaufürstenthümern vertritt und wie er anderseits die östreichischen Interessen aufzufassen gewohnt ist. Wir haben neulich im „Konstitutionnel" gelesen, daß auch die alliirten Truppen in der Türkei manche Veranlassung zur Klage gegeben und daß es gerathener sei, sie zu entfernen, als die Okkupation fortbestehen zu lassen, wenn man gefährliche Auftritte verhüten will. Der Angriff der Tuneser war kein vereinzeltes Faktum. Wir könnten selbst eine Menge Thatsachen aufzählen, die namentlich bei der Sitte und Anschauung im Oriente eine ganz andere Bedeutung haben, als ein paar Trauben, die abgerissen, oder ein Bettlaken, der reklamirt wurde. Eine Okkupation aller und jeder Truppen ohne Ausnahme führt solche Uebelstände mit sich. Nirgends aber sind Einzelnheiten mehr ausgebeutet und zur Universalität umgestaltet worden, als bei den Erzählungen aus den Donaufürstenthümern und die preuß. Presse hat daran einen sehr ausgiebigen Antheil. (So weit die „Ostdeutsche Post" oder Hr. Kuranda! D. Red.)

— [Abfertigung.] Die „P. C." sagt: Mehrere östreichische Korrespondenzen und Zeitungen greifen unser Blatt wiederholt in einer tendenziösen Weise wegen gewisser Mittheilungen über faktische Verhältnisse aus der Moldau und Walachei an und gehen so weit, dieselben für Manifestationen der preußischen Politik in Betreff jener Fürstenthümer zu halten. Wir sind vollkommen mit der „Ostdeutschen Post" in der angeblichen Pariser Korrespondenz derselben dahin einverstanden, daß die Lösung der Frage über die Reorganisation der Donaufürstenthümer lediglich von den diplomatischen Verhandlungen abhängt, bei denen Preußen bekanntlich vertreten sein wird. Alle anderen Manifestationen, einschließlich diejenigen östreichischer Korrespondenten und ihrer willkürlichen Voraussetzungen über die preußische Politik in jener Frage, und überhaupt alles dasjenige, was vor Beginn der bevorstehenden Konferenzen hierüber geschrieben und gesprochen wird, ist thatsächlich von sehr untergeordneter Bedeutung. Uns sind natürlich die Ansichten, welche die Regierung Sr. Maj. des Königs hierbei vertreten wird, durchaus unbekannt, und auf dieselben aus den von uns gemeldeten Ereignissen in der Moldau und Walachei schließen zu wollen, ist zu abgeschmackt, als daß wir hierüber mehr zu sagen hätten.

— [Ein angeblicher Fürstenkongreß.] Die B. B. Z. schreibt: Man bezeichnet jetzt mit großer Bestimmtheit Mannheim als die Stadt, und die zweite Hälfte des Juli als die Zeit, in welcher der Kaiser von Oestreich mit dem Kaiser der Franzosen zusammentreffen würde. Man nennt die Könige von Sachsen, Bayern und Württemberg, den Großherzog von Hessen und den Prinzregenten von Baden als diejenigen deutschen Fürsten, welche bereits eingeladen seien, gleichfalls an dem Rendezvous der beiden Kaiser Theil zu nehmen (s. ob. ☾ Berlin).

— [Getreidewucher.] Seit dem Jahre 1847 ist ein derartiger Verlauf der Ultimo-Regulirung im Getreidegeschäft nicht vorgekommen, wie diesmal. Zwei große hiesige Spekulanten, denen sich ein dritter auswärtiger beigesellt haben soll, hatten alle liquide Waare im Roggengeschäft „hereingenommen", und hatten insofern bei der letzten Regulirung, für welche viele Waare fehlte, die Normirung des Preises vollständig in ihrer Hand. So kam es, daß der Preis in schnellem Verlauf auf 80, dann sofort auf $82\frac{1}{2}$ und schließlich bis $84\frac{1}{2}$ per Wispel stieg, während die Waare per Juli zu $71\frac{1}{2}$ Thlr. zu haben war, so daß also das kolossale Mißverhältniß eintrat, daß die Kassawaaren 13 Thlr. über die heutige Waare im Preise hinaufgeschraubt war. Es ist dies unzweifelhaft eine wenig zu billigende (das ist sehr gelinde ausgedrückt! D. Red.) Weise der Vertheuerung des Getreides. (B. B. Z.)

✝✝ Glogau, 1. Juli. [Rinderpest; Synode; Selbstmord; Seidenbau; Verschiedenes.] Die Befürchtungen bezüglich der weiteren Verbreitung der Rinderpest sind zum Glück bis jetzt nicht gerechtfertigt worden. Demungeachtet hat das Landrathsamt die geeigneten Verhütungsmaaßregeln streng aufrecht erhalten, und besonders die vorläufige Aufhebung von Viehmärkten angeordnet. In voriger Woche fand eine Kreisversammlung statt, welche die geeigneten Schritte im Falle plötzlichen Ausbrechens der Seuche besprach, und sich über eine Erhöhung der zu gewährenden Entschädigungssumme für getödtetes Vieh einigte, da die nach dem Kataster von 1806 festgesetzten Quanta den jetzigen Werthen durchaus nicht mehr entsprechen. — Am 29. Juni fand eine Synodalkonferenz der evangelischen Prediger des Kreises statt, welche sehr zahlreich besucht war und besonders, außer mehreren Nummern von geringerer Wichtigkeit, sich über die Grundsätze, welche die evang. Kirche bei Wiederverheirathung Geschiedener im Einklange mit dem gegenwärtigen Prinzip der Gesetzgebung in dieser Materie zu beobachten habe, und über die Praxis bei der Annahme der Konfirmanden aussprach. Ein Gottesdienst eröffnete und beschloß die Feier. — Gestern erschoß sich bei Borkau, einem Gute des Kommerzienrathes Lehfeld, der Dominialförster. Unordentliches Leben und große Schuldenlast haben den Entschluß zum Selbstmorde erzeugt, wie ein zurückgelassener Brief angab. — Die letzte Nummer des „Niederschlesischen Anzeigers" bringt eine Aufforderung des um den Seiden- und Flachsbau in unserem Kreise sehr verdienten Kaufmann und Fabrikbesitzer Zopf zu Rauschwitz, worin er die Kreisinsassen zu größerer Theilnahme einladet, und Unbemittelten die Maulbeerpflanzen unentgeltlich zu ertheilen verheißt. Er selbst öffnet seine Musterspinnerei zu Rauschwitz gern Jedem, welcher daran Gefallen findet, und hat gegenwärtig vorzügliche Grains und Brutmaschinen ausgelegt. Leider sind in unserer Gegend der Maulbeerpflanzungen noch wenige, es fehlt also die erste Grundlage eines günstigen Erfolges. Der Seidenbau erfordert überdies neben großer Sorgsamkeit auch eine gewisse Intelligenz und wird, mit Ausnahme etwa eigens dazu angelegter fabrikartiger Institute, hier selten in mehr als einzelnen, z. B. Schullehrer-Familien gepflegt, also doch nur in geringem Maaßstabe betrieben werden; die Natur des Landmanns eignet sich nicht dafür. — Am 29. Juni wurde das zur vierzehntägigen Uebung eingezogene Landwehrbataillon, welches zu zwei und zwei Kompagnien geübt hatte, entlassen. Die Zusammenziehung gab einen erfreulichen Beweis von der großen Willigkeit und Ausdauer der Wehrmänner, und lieferte überraschende Resultate der Schießübungen. Die Besichtigung fand durch den General v. Brandenstein Exc. statt. — Gestern folgte ein langer Trauerzug der Leiche des Justizraths, Rechtsanwalts Werner, welcher nach fast 20jährigem unsäglichen Leiden am 27. v. M. verschieden ist. Seit Dezennien von einer Krankheit nach der andern verfolgt, hatte er seit mehreren Jahren den Gebrauch aller Glieder verloren und führte ein rein vegetatives Dasein, in einem Zustande, der alle ärztlichen Bemühungen scheitern machte. — Heute ward der an Stelle des pensionirten Geh. Raths v. Guretzki-Cornitz hierher versetzte Appellations-Gerichtsrath, Graf zur Lippe, eingeführt. Die durch die Versetzung des Grafen v. Schweinitz und den Tod des Geh. Justizraths Trautvetter erledigten Stellen sind noch nicht besetzt. — Eben erfahre ich noch, daß gestern Nacht in Lüben eine Feuersbrunst ausgebrochen und die eine Marktseite vollständig ein Raub der Flammen geworden ist.

Oestreich. Wien, 30. Juni. [Die Donaufürstenthümer; Besuch des Kaisers in Marienbad.] Man versichert, daß die Berathungen des Fürsten Gortschakoff mit dem Grafen Buol über die Frage der Organisation der Donaufürstenthümer das beste Ergebniß gehabt haben. Rußland betrachtet wenigstens die Vereinigung nicht mehr als Etwas, worauf es wie auf einer absoluten Forderung bestehen müsse, und von Seiten Frankreichs hat man die Sache zwar nicht aufgegeben, man ist jedoch darüber mit Oestreich und Rußland einig, daß die Verständigung über diesen präliminären Punkt die übrigen Feststellungen nicht aufhalten dürfe. Das Resultat wird allem Anschein nach sein, daß man die beiden Fürstenthümer bei der Ordnung ihrer inneren Angelegenheiten vorläufig aus dem Gesichtspunkte ihrer gesonderten Existenz behandeln und die Regulirung der Verfassungs- und Verwaltungsverhältnisse für jedes Fürstenthum nach den durch seine Eigenthümlichkeiten dargebotenen Bedingungen vornehmen wird. Die Frage über ihre Vereinigung wird dabei einer späteren Feststellung vorbehalten bleiben, welcher man durch die übrigen Organisationen nicht präjudiziren würde. Der Aufenthalt des Fürsten Gortschakoff in Berlin, welches er auf der Rückkehr nach Petersburg berühren wird, dürfte den Zweck haben, Preußen zu diesem Arrangement herüber zu ziehen. — Der Besuch der königl. preuß. Herrschaften in Marienbad wird einen großen Zusammenfluß von Gästen in dieses Bad führen. Man hört, daß der Kaiser, dessen beabsichtigte Reise nach Berlin wenigstens vor dem Herbst nicht stattfinden dürfte, den königl. Gast des Kaiserstaates dort begrüßen wird. Auch Herzog Wilhelm von Braunschweig, der sich gegenwärtig hier befindet, geht höchst wahrscheinlich für einige Tage nach Marienbad. (B. B. Z.)

— [Vom Hofe; die Krönungsgesandtschaft.] Der französische Botschafter Frhr. v. Bourqueney wurde von dem Kaiser in besonderer Audienz empfangen, und überreichte bei dieser Gelegenheit ein eigenhändiges Schreiben seines Souveräns. Man vermuthet, daß sich der Inhalt desselben auf die zwischen den beiden Monarchen verabredete Zusammenkunft bezieht. — Fürst Paul Esterhazy, welcher bekanntlich als außerordentlicher Bevollmächtigter Oestreichs bei der Krönung Kaisers Alexander fungiren wird, trifft großartige Anstalten, um in Moskau mit der seiner Sendung würdigen Pracht auftreten zu können. Mehr als 20 der schönsten Vollblutpferde aus den Gestüten des Fürsten werden demnächst die Reise nach Moskau antreten. Die Kutschen so wie die Livreen der zahlreichen Dienerschaft strahlen von Gold und Silber, das Kostbarste aber ist das Kostüm, welches der Fürst bei der Krönung tragen wird, und das vor Kurzem fertig geworden ist. Kenner schätzen dasselbe auf mehrere Millionen Gulden, was durchaus nicht übertrieben sein dürfte, da ein großer Theil des im Schlosse Forchtenstein aufbewahrten Familienschatzes zur Ausschmückung des Kostüms verwendet worden ist. So bestehen z. B. die Knöpfe des von Gold- und Juwelenstickerei strahlenden Dollmans aus Diamanten vom reinsten Wasser, die Agraffe allein, welche den Reiherbusch am Kalpak festhält, wird auf 300,000 Fl. geschätzt; eben so repräsentirt der aus Gold, Juwelen und Perlen bestehende Schmuck des Leibrosses des Fürsten einen ungeheuren Werth.

Bayern. München, 30. Juni. [Gemischte Ehen.] Ueber die kirchliche Einsegnung gemischter Ehen ist jüngsthin von dem protestantischen Oberkonsistorium in München ein Erlaß an sämmtliche Konsistorien ergangen, in dem es heißt: Im Namen Sr. Maj. des Königs. Die oberste Kirchenstellen sieht sich in Betreff der kirchlichen Einsegnung gemischter Ehen zu nachstehenden Anordnungen veranlaßt. 1) Da in einer gemischten Ehe zwischen den Ehegatten gerade in den höchsten und heiligsten Dingen keine volle Gemeinschaft zu bestehen vermag, die Gefahr der Erkaltung gegen den eigenen Glauben, ja des gänzlichen Abfalls hiervon mehr oder minder nahe gelegt ist, und die konfessionelle Geschiedenheit der Eltern unter allen Umständen einen nachtheiligen Einfluß auf die religiöse Erziehung der Kinder ausüben muß, so kann die Eingehung gemischter Ehen vom kirchlichen Standpunkt aus überhaupt nicht gebilligt werden. (!) Die einzelnen Geistlichen haben daher vor der Eingehung solcher Ehen im seelsorgerlichen Wege in jeder geeigneten Weise zu warnen, und unter Vorhalt der hieraus erwachsenden Mißstände bei vorkommender Gelegenheit allenthalben davon abzurathen. 2) Soll gleichwohl eine solche Ehe geschlossen werden, so wird sich der betreffende Geistliche pflichtmäßig angelegen sein lassen, dem protestantischen Theile eindringlichst nahe zu legen, daß er zum mindesten bezüglich der Bestimmung über die religiöse Erziehung der zu hoffenden Kinder den Pflichten gegen seine Kirche genüge, und nicht aus vorübergehenden zeitlichen Rücksichten seine Zustimmuug zu einem Uebereinkommen abgebe, das seinem eigenen Bekenntniß widerstreitet, und eben darum nur geeignet sein kann, ihm andauernde innere Beunruhigung zu erzeugen. 3) Wird hiernächst für eine gemischte Ehe die kirchliche Einsegnung erbeten, so ist diese im Hinblick auf die bestehenden staatsgrundgesetzlichen Normen, sowie in Würdigung der obwaltenden allgemeinen Zeitverhältnisse nicht zu versagen, a. wenn durch Vertrag festgestellt ist, entweder daß sämmtliche Kinder in der protestantischen Kirche erzogen werden sollen, oder mindestens, daß die gesetzliche Vorschrift der zweiten Verfassungsbeilage §. 14 zur Anwendung zu kommen habe, wonach die Söhne der Religion des Vaters, die Töchter derjenigen der Mutter folgen; b. wenn bezüglich der religiösen Erziehung der Kinder gar nichts bestimmt wurde, so daß die oben erwähnte gesetzliche Vorschrift von selbst in Anwendung tritt. 4) Liegt dagegen eine Vereinbarung dafür vor, daß sämmtliche Kinder in der katholischen Kirche erzogen werden sollen, so ist die kirchliche Einsegnung unbedingt zu versagen, wobei es keinen Unterschied machen kann, ob der Bräutigam oder die Braut der protestantischen Kirche angehören. In dergleichen Fällen ist dem protestantischen Theil stets zugleich nahe zu legen, daß er durch die bezüglich der religiösen Erziehung seiner Kinder getroffene Vereinbarung sich selbst seiner Kirche entfremde, und unter Umständen sogar Veranlassung dazu gebe, mit der Anwendung kirchlicher Zuchtmittel (!) gegen ihn vorzuschreiten. 5) Die Proklamation einer gemischten Ehe, und vorkommendenfalls die Ausstellung der Dimissorialien, ist unter allen Umständen ohne Anstand zu bewirken, und kann von der Bestimmung über die religiöse Erziehung der Kinder in keinem Fall abhängig gemacht werden. (A. Z.)

Brandholz bei Wunsiedel, 27. Juni. [Gold.] Vor längerer Zeit wurde berichtet, daß aus dem hiesigen Bergwerk Gold gewonnen sei. Jetzt wird weiter berichtet, daß in verschiedenen Quarzstufen sich Gold findet und eine erfreuliche Ausbeute gemacht wird. (B. Z.)

Württemberg. Wildbad, 28. Juni. [Die Kaiserin-Mutter von Rußland], Allerhöchstwelche unter dem Namen einer Gräfin von Znumenskaja in die hiesigen Badelisten eingetragen ist, hat sich über den hiesigen Aufenthalt sehr zufriedenstellend geäußert. Die hohe Frau wird täglich in Tragsesseln spazieren getragen und hat heute schon eine kleine Promenade zu Fuß gemacht. Der Zudrang von Fremden ist hier so außerordentlich groß, daß fast keine Wohnung mehr zu erhalten und sehr hochgestellte Personen sich mit kleinen Räumen im zweiten und dritten Stock der geringeren Gasthöfe begnügen müssen. (Ptr. Z.)

Baden. Karlsruhe, 29. Juni. [Se. K. H. der Regent] ist gestern Abend wieder hier eingetroffen. (Karlsr. Z.)

Frankfurt a. M., 30. Juni. [Die preuß. Besatzung.] Die zur Bundesbesatzung in Frankfurt a. M. gehörigen preuß. Truppentheile werden in Kurzem eine zeitweilige Verminderung erfahren. Es werden nämlich von denselben ein Bataillon Infanterie, eine Schwadron Husaren und eine halbe Batterie Artillerie nach der Rheinprovinz detachirt werden, um an den größeren Manövern des daselbst befindlichen preuß. Armeekorps Theil zu nehmen. Nach Beendigung der Manöver werden jene Mannschaften wieder in die hiesige Garnison einrücken, in der inzwischen preußischer Seits noch ein Bataillon Infanterie und ein Bataillon Jäger verbleiben.

Oldenburg, 29. Juni. [Landtagsabschied.] Das neueste Gesetzblatt publizirt den Landtagsabschied für den jüngst geschlossenen außerordentlichen Landtag des Großherzogthums. Nach einer Aufzählung der mit Zustimmung des Landtags zu Stande gekommenen Gesetze enthält der Abschied die Erklärung der Staatsregierung über die vom Landtage gestellten Anträge. Den Antrag, daß auf eine Verminderung der bundesmilitärischen Anforderungen hingewirkt und überhaupt eine Verminderung der Militärlast angestrebt werden möge, verheißt die Staats-Regierung, soweit es mit den Bundespflichten vereinbar sei, wie bisher im Auge zu behalten, und die ferner beantragte rasche Erledigung der Eisenbahnfrage sich angelegen sein zu lassen. (W. Ztg.)

Sächs. Herzogth. Eisenach, 30. Juni. [Die Zollkonferenz] dürfte erst in der nächsten Zeit an die Verhandlungen über Abänderungen des Zolltarifs kommen, da sie bis jetzt fast ausschließlich sich mit der definitiven Abrechnung beschäftigt hat. Was daher über die voraussichtliche Aufnahme der Tarifanträge in den Blättern zum Theil in sehr bestimmter Weise geäußert wird, ist verfrüht. Oestreich scheint man sich nähern zu wollen durch, wo es gehen kann, höhere Tarifsätze. (Letztere wären bedauerlich genug! D. Red.)

Großbritannien und Irland.

London, 28. Juni. [Parlament.] Die den Abschwörungseid betreffende Bill Lord Derby's wurde gestern im Komité des Oberhauses berathen. Lord Lyndhurst bekämpft dieselbe, sowohl ihrer Form, wie ihrem Inhalte nach. Der Form nach, weil sie unter dem Vorwande, einen alten Eid zu modifiziren, einen ganz neuen an die Stelle setze; dem Inhalte nach, weil, wie die Geschichte lehre, alle Abschwörungseide nichts werth seien. Auch hat er an der Bill auszusetzen, daß sie direkt gegen die Juden gerichtet sei. Gegenwärtig halte sich das Haus, indem es den Juden den Eintritt in das Parlament verwehre, in der Defensive. Wenn aber die Bill durchgehe, so schließe man die Juden durch ein direktes Votum der Gesetzgebung aus. Es sei eine Spiegelfechterei, wenn nicht eine Beleidigung, eine solche Bill dem Unterhause zur Annahme zuzuschicken, da man ja doch sicher wisse, daß dieses sie verwerfen werde. Zum Schlusse seiner Rede zeigt der edle Lord an, daß er gewisse Amendements zu der Bill zu stellen gedenke. Lord Derby spricht sein Bedauern darüber aus, daß der Vorredner den Zweck des Gesetzentwurfs so entstellt habe. Weit entfernt davon, gegen die Juden gerichtet zu sein, enthalte die Bill auch nicht eine einzige Bestimmung, welche dieselben überhaupt berühre, und nach der Art zu urtheilen, wie Lord Lyndhurst sich gegen den vorgeschlagenen neuen Eid erkläre, scheine es, daß er überhaupt von Eiden nichts wissen wolle. Die Bill geht hierauf durchs Komité, nachdem Lord Lyndhurst sich das Recht, seine Amendements zu beantragen, für die Diskussion gelegentlich der dritten Lesung vorbehalten hat.

betrifft, so glaubt man sich rühmen zu können, daß das Produkt der vorzüglicheren Schäfereien des Königreichs Polen der schlesischen Wolle nicht mehr viel nachgebe, daß die ordinären Sorten immer seltener würden, und daß man in der Wollwäsche nur um wenige Prozente niedriger stehe, als die preußischen Nachbarn. In Ansehung der Quantität der Wollzufuhr stand der diesjährige Markt hinter den früheren zurück. Es trug dazu nicht nur der Umstand bei, daß viele Wollproduzenten schon zu Hause verkauft hatten, da ihnen an Ort und Stelle lohnende Preise geboten wurden, sondern hauptsächlich der Charakter der letzten drei Jahre in Hinsicht auf die Schafzucht, für welche dieselben sehr ungünstig waren. Im Gouvernement Lublin allein ergeben die amtlichen Nachweise für die Jahre 1853/54 einen Verlust von 239,308 Schafen in Folge der herrschenden Krankheiten, wobei noch nicht die Verluste mit eingerechnet sind, welche die Bauern erlitten haben. Es war daher im Jahre 1854 die Wollproduktion des Landes auf 36,000 Centner gefallen, während sie 10 Jahre früher 86,000 Centner (bei einer Zahl von 3½ Mill. Schafen) betragen hatte. Indeß sind doch auf dem diesjährigen Warschauer Wollmarkt wieder nahe an 1300 Ctnr. mehr als auf den vorjährigen herangeführt worden; im Jahre 1855 belief sich die zu Markt gebrachte Quantität nur auf 5076, in diesem Jahre aber auf 6321 Ctnr.

Warschau, 27. Juni. [Landschaftl. Wahlen; Ausstellung; Fürst Paskiewitsch ꝛc.] Bei den zu Radom vorgenommenen Wahlen für die Erneuerung der Mitglieder der verschiedenen Behörden des landschaftlichen Kreditvereins wurden zu Räthen des Komité's dieses Vereins gewählt: J. Posturzynski, Gutsbesitzer zu Janowice, und M. Boski, Gutsbesitzer zu Lipa und Glowaczow; der Erstere auf vier, der Letztere auf zwei Jahre; zu Räthen der Generaldirektion: J. Rutkowski, Gutsbesitzer zu Jaszowic, auf vier, und M. Rembielinski, Gutsbesitzer zu Waliska, auf zwei Jahre; zu Räthen der Spezialdirektion für den Bezirk Radom: auf vier Jahre M. Jasinski von Jablonna, A. Konarski von Goloszic und E. Kiellinski von Radestow; auf zwei Jahre E. Zdziechowski von Mleczkow, K. Sokolowski von Klonowiec und H. Rychlowski von Dombrowka. — In den drei Tagen vom 23. bis zum 25. Juni hat in Warschau die diesjährige Ausstellung der Arbeiten der dortigen Kunstschule stattgefunden, und am 26. wurde in dem Adelsinstitut zu Warschau und in dem Institut für Landwirthschaft und Forstwesen zu Marymont der Schluß des jährlichen Lehrkursus durch feierliche Schulakte begangen. — Der kaiserl. Generaladjutant Fürst Theodor Paskiewitsch nebst Gemahlin und der Generallieutenant Graf Nesselrode waren von Warschau ins Ausland abgereist. (P. C.)

Dänemark.

Kopenhagen, 28. Juni. [Antwort auf die preuß. Note.] Heute erschien eine allerhöchste Bekanntmachung, datirt vom 23. d. M., durch welche in Gemäßheit des §. 22 des Gesammtverfassungsgesetzes vom 2. Oktober d. J. die besonderen Angelegenheiten des Herzogthums Holstein bestimmt und einzeln aufgezählt werden. Die Domänen gehören darnach zu den gemeinschaftlichen Angelegenheiten der Monarchie. Die Bekanntmachung lautet:

„Wir Frederik der Siebente ꝛc. thun kund hiermit: Da mit Rücksicht auf die Bestimmung des §. 22 des Verfassungsgesetzes für die gemeinschaftlichen Angelegenheiten der dänischen Monarchie vom 2. Oktober 1855, der zufolge gemeinschaftliche Angelegenheiten alle diejenigen sind, welche nicht ausdrücklich als für die einzelnen Landestheile gesonderte bezeichnet worden, eine nähere Bestimmung der besonderen Angelegenheiten des Herzogthums Holstein, als dieselbe sich aus den §§. 3 und 4 der Verordnung, betr. die Verfassung des Herzogthums Holstein, vom 11. Juni 1854 ergiebt, zweckmäßig erscheint und sich dabei einige Abänderungen der gedachten Paragraphen als erforderlich darstellen, so haben Wir Uns auf den Grund des §. 24 der Verordnung vom 11. Juni 1854, wonach Abänderungen der in jenen Paragraphen enthaltenen Bestimmungen der Zustimmung der Versammlung der Provinzialstände Unseres Herzogthums Holstein nicht bedürfen, Allerhöchst bewogen gefunden, in dieser Beziehung zu gebieten und zu befehlen, wie folgt: Die besonderen Angelegenheiten des Herzogthums Holstein sind: jede aus dem Verhältnisse des Herzogthums Holstein zum deutschen Bunde fließende Verpflichtung in Uebereinstimmung mit dem §. 23 des Verfassungsgesetzes für die gemeinschaftlichen Angelegenheiten der dänischen Monarchie vom 2. Oktober 1855; das Justiz- und Polizeiwesen (mit Ausnahme des Theiles, welcher dem Militärwesen übertragen ist), darunter die allgemeine Gesetzgebung in Betreff der bürgerlichen Verhältnisse, der Verbrechen und der Rechtspflege einbegriffen; die Aufbringung der Mannschaft zum Land- und Seeheere, welche zufolge der bestehenden Pläne oder der von der gesetzgebenden Gewalt für die gemeinschaftlichen Angelegenheiten erlassenen Gesetze von dem Herzogthum Holstein zu stellen ist; die Aufbringung der Pferde, der Lebensmittel, der Fourage, des Quartiers und ähnlicher Naturallieferungen, deren Herbeischaffung dem Herzogthum auf vorgedachte Art auferlegt wird; das Kirchen- und Unterrichtswesen, mit den unter selbiges gehörenden Lehranstalten (das Navigationsexamen gehört zu den gemeinschaftlichen Angelegenheiten); das Kommunalwesen; das Armenwesen; das Gewerbewesen; die Landwesenssachen; die Besteuerung liegender Gründe, des Vermögens, der Einnahme und der Nahrung; die das Stempelpapier betreffenden Angelegenheiten, alle mit den besonderen Angelegenheiten in Verbindung stehenden Einnahmen und Ausgaben und jede neue, das Herzogthum Holstein allein betreffende Steuer; die Aufbringung der zur Einlösung der holsteinschen Kassenanweisungen erforderlichen Gelder, so wie eine jede neue Schuld, welche für das Herzogthum Holstein besonders kontrahirt werden möchte; das Medizinalwesen; das Kanal- und Hafenwesen; das Wegewesen und die Eisenbahnsachen; das Freifuhrwesen; das Assekuranzwesen; das Strandwesen; die auf die bürgerlichen militärischen Korps sich beziehenden Angelegenheiten; Angelegenheiten, betr. Fideikommisse und öffentliche Stiftungen; das Deichwesen. Sodann sind als besondere Angelegenheiten, gemeinschaftlich für das Herzogthum Holstein und das Herzogthum Schleswig, fernerweitig zu betrachten die in Unserer Allerhöchsten Bekanntmachung vom 28. Januar 1852 genannten Sachen, welche folgende nicht politische Einrichtungen und Anstalten betreffen: die Universität zu Kiel; die Ritterschaft; den Eiderkanal (den Zolltarif darunter jedoch nicht mit begriffen); das Brandversicherungswesen; die Strafanstalten; das Taubstummen-Institut und die Irrenanstalt. Wir behalten es Uns vor, wenn die von Uns Allerhöchst beabsichtigte Revision der Verordnung, betr. die Verfassung des Herzogthums Holstein vom 11. Juni 1854, zum Abschluß kommt, die vorstehenden Bestimmungen in das alsdann zu erlassende Verfassungsgesetz für die besonderen Angelegenheiten des Herzogthums Holstein aufnehmen zu lassen; sowie auch, da es Unser Allerhöchster Wille ist, daß sämmtlichen Landestheilen rücksichtlich etwaniger Bestimmungen über den Umfang der besonderen Angelegenheiten derselben eine gleiche Stellung angewiesen werde, in Ansehung Unsers Herzogthums das zu dem Ende Erforderliche veranlaßt werden wird.“

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 25. Juni. [Die Situation.] Unter die unmittelbaren und am meisten in die Augen springenden Ergebnisse der so eben beendigten zahlreichen Versammlung akademischer Mitbürger von den vier Universitäten Skandinaviens dürfte zuerst die öffentliche Anerkennung zu setzen sein, welche Schwedens und Norwegens König ausgesprochen hat, daß nämlich diese Versammlungen eine tiefe Bedeutung für die Zukunft haben, daß die nordische Einheitsidee eine Wahrheit enthalte und daß es undenkbar sei, daß die Freundschaftsbande, welche die drei nahe verwandten Völker immer stärker und stärker an einander schließen, je wieder zerrissen und diese selbst wieder als böswillige Neider und Feinde einander gegenüber gestellt werden könnten. Die Offenheit, mit welcher der König der beiden vereinigten Reiche jetzt vor aller Welt eine solche Auffassung und solche Gedanken ausgesprochen, die der Macht höchst unliebsam sein müssen, zu deren kluger Politik es immer gehört hat und noch gehört (wie eine Korrespondenz in „Le Nord“ noch mit der heutigen Post bezeugt), die nordischen Reiche in Feindschaft zu halten und von einander abzusondern, dürfte als eine Folge der freieren und unabhängigeren Stellung zu betrachten sein, welche Schweden und Norwegen durch den Novembertraktat gegen Rußland eingenommen, und dieselbe gewinnt eine gesteigerte Bedeutung, wenn man damit den Umstand vergleicht, daß sich die dänischen Theilnehmer an dem Studentenzuge auch von Seiten ihrer Regierung einer so großen Geneigtheit zu erfreuen hatten, und daß ein Kriegsdampfer zu ihrer Verfügung gestellt wurde. Diese Manifestation von Seiten der skandinavischen Monarchen muß in Europa unvermeidlich große Aufmerksamkeit erregen und, seitdem einmal durch den Krieg das Interesse für Skandinaviens Stellung und Verhältnisse geweckt ist, die europäischen Mächte mit dem Gedanken an einen Staatenbund zwischen den drei nordischen Reichen, als für die Aufrechthaltung des Friedens, der Sicherheit und des Gleichgewichts im Norden nothwendig, immer vertrauter machen. Man erwartet, daß dieser Gedanke, der während eines Jahrzehends in Skandinavien selbst so große Fortschritte gemacht hat, auch unter denen von Europa's Staatsmännern immer mehr Anerkennung finden werde, welchen daran gelegen ist, daß auf friedlichem Wege immer mehr wirkliche Bollwerke gegen die russische Uebermacht errichtet werden. (Aft. Bl.)

Türkei.

Silistria, 17. Juni. [Tataren; Feldfrüchte.] Die Ansiedelung der aus der Krimm wandernden Tataren geht langsam vorwärts, bis jetzt sind ungefähr die Hälfte (7000 Köpfe) in den Distrikten von Osman-Bazar, Rasgrad und Silistria untergebracht. In einigen Tagen erwartet man hier einen Ingenieur, der die Anlage eines großen Tatarendorfes bei Alfatar leiten soll. Ein beträchtlicher Theil der zur Auswanderung bestimmten Familien soll sich zum Bleiben entschlossen und dieserhalb ein Bittgesuch nach Konstantinopel gerichtet haben. — Aus Bulgarien laufen Klagen über den ungünstigen Stand der Saaten ein; der anhaltenden Dürre wegen haben die Halme des Kukuruz (Mais) kaum noch die Höhe eines Fußes erreicht; Gerste ist noch mehr zurück. Nach dem Ausspruche erfahrener Landleute dürfte der Ertrag der diesjährigen Ernte nicht leicht über die Hälfte einer mittelmäßigen Ernte hinausgehen.

Donaufürstenthümer.

Rustschuk, 18. Juli. [Militärisches; der Aufstand.] Heute wurde den Mannschaften der hierher verlegten zwei Schwadronen Kavallerie und eines Bataillons Infanterie, die sich während der Belagerung von Silistria ausgezeichnet haben, die silberne Denkmünze ausgehändigt. Diese Truppentheile sind gleichzeitig auch neu equipirt worden. Das 3., das 4. und das 6. Regiment der englisch-türkischen irregulären Kavallerie haben ihre Standörter verlassen und befinden sich auf dem Wege nach Baltschik, wo sie sich einschiffen sollen. — Nachrichten aus Widdin zufolge sollen die aufständischen Banden im Distrikte Belgradschik zerstreut und in der letzten Zeit keine Ruhestörungen vorgekommen sein.

Griechenland.

Athen, 28. Juni. [Räuberunwesen.] Bis jetzt ist von der Develia'schen Räuberbande noch Niemand verhaftet worden; dagegen haben die Gefangenen derselben, die Herrn Jurdis und Olympios, die Freiheit wieder erhalten, nachdem ihr Lösegeld von 15,000 Drachmen und 500 Drachmen Nadelgeld für die Damen der edlen Herren Räuber von den Familien der beiden Gefangenen erlegt worden ist. Aus den Provinzen wird geschrieben, daß jetzt die Räuberei erst recht losgehe. Aus Atalandi wird amtlich berichtet, daß eine Bande von zwanzig Mann einen Theil der Bewohner des Dorfes Dakli, die sich bisher friedlich und ehrlich verhielten, an sich gezogen, in die Berge gegangen sei und den Sohn des reichen Luca Konduriotis mit sich genommen habe, für den sie 10,000 Drachmen Lösegeld verlange. Auch aus Theben wird geschrieben: „Die heutige Post von Abduramon bringt die traurige Nachricht, daß gestern in der Gemeinde Elatia zwei der reichsten Einwohner, die von Lamia heimkehrten, wo sie als Zeugen am Gerichte gewesen, fortgeschleppt wurden. Diese von der „Minerva“ veröffentlichten Vorfälle werden durch Privatbriefe bestätigt, in denen hinzugefügt wird, daß die Räuberbande, welche diese Verbrechen verübte, durch eine Menge Landleute vergrößert wurde, welche die Hacke wegwerfen und die Büchse ergreifen, und daß ohne Zweifel das Räuberunwesen in den Grenzdistrikten furchtbar um sich greifen werde.“

Asien.

Bombay, 26. Mai. [Unruhen.] Die Santals sind abermals unruhig, auch unter den Moplas in Malabar dauern die Bewegungen fort. In der Nähe von Nizagpatam, nördlich der Elvedras-Division, scheint sich ein Aufstand vorzubereiten. Der König von Ava sendet eine Gesandtschaft nach Washington. Der Einfuhrhandel ist lebhaft. — Aus Singapore, 16. Mai, wird berichtet: Eine erfolgreiche Piratenjagd ist von den Holländern veranstaltet worden.

Lokales und Provinzielles.

rn. Posen, 1. Juli. [Pferderennen.] Zweiter Renntag. Das Wetter war gut geworden, doch hatte sich eine verhältnißmäßig geringe Zahl von Zuschauern auf der Bahn eingefunden. Das Richteramt hatte der Oberst v. Schenkendorf gütigst übernommen. Das Rennen begann Vormittag 11 Uhr.

Nr. VII. Steeple chase. Ohngefähr ¾ Meilen. Ehrenpreis. 5 Frd'or. Einsatz. 3 Frd'or Reugeld. 1) Des Grafen Kasimir Kwilecki F.-St. Mary Ann a. v. Elis. (Reit.: Besitzer.) (1); — 2) des Herrn Heydebrand br. W. Glasauge a. v. Crocus. (Reit.: Lieut. v. Rosenberg.) (2); — 3) des Lieut. Baron v. Königsegk b. St. Virginia, 6 J. alt v. Mikle-Fell a. d. Voltaire-St. (Reiter: Besitzer.) (3). — Die Bahn ging über eine Hürde Nr. I. vor der Tribüne und einen neunfüßigen Graben Nr. II. auf der Rennbahn dem Eichwalde zu. Hier war ein vierfüßiger Graben Nr. III., demnächst eine Hürde Nr. IV., eine Hürde mit vierfüßigem Graben dahinter Nr. V. zu springen. Ferner im Walde zwei feste 3½ füßige Bretterzäune Nr. VI. und VII. Aus dem Walde dehnte sich die Bahn nach Südwest dem Ziegeleiwege zu. An der Waldlisière ein sechsfüßiger Wassergraben Nr. VIII., ferner zwei Hürden Nr. IX. und X., ein kleiner Weggraben Nr. XI., eine Hürde Nr. XII., zuletzt eine 14füßige nasse Sumpfstelle zu durchreiten und dann Auslauf zum Ziel. Glasauge führte über Nr. I. die anderen Pferde dicht auf, Nr. II. wurde Anfangs von dem Reiter desselben übersehen, doch schnell und als Fehler redressirt. In dieser Reihenfolge ging es in rascher Pace durch den Wald, alle Hindernisse fliegend gesprungen, bis zum Hinderniß IX., wo Virginia ausbrach und so viel Terrain verlor, daß sie das Rennen aufgeben mußte. Die beiden anderen Pferde verschärften hier die Pace, nahmen alle Hindernisse sehr gut und kam Glasauge führend, Margetan dicht dahinter auf der Rennbahn an. Hier scharfer Kampf, in welchen beide Pferde getrieben wurden. An dem Distancepfahl war Glasauge geschlagen und kam die Stute schließlich hart gehalten als Siegerin an. Dauer des Laufes: 12 Minuten 15 Sekunden.

Nr. VIII. Herren reiten. 500 Ruthen. 5 Frd'or. Einsatz, ganz Reugeld. 165 Pfd. Stuten und Wallachen 3 Pfd. erlaubt. Zu nennen am 30. Juni bis Abends 9 Uhr bei dem General-Sekretär. Herr Otto Wittich hat dem Direktorium ein vollständiges englisches Jagdzeug als Preis für dieses Rennen unentgeldlich zur Disposition gestellt. 1) Des Grafen Lehndorf br. St. Fame, v. Standard a. d. J. Rosabel. Reiter: Besitzer. (†); — 2) des Grafen Schmettau F.-W. Ruby, 5 J. alt, v. The Provost a. d. Esmeralda. Reiter: Besitzer. (†). — 3 Pferde Reugeld, auf eine Unterschrift nicht genannt. Ruby führt mit weitem Vorsprunge bis an die dritte Ecke, wo Fame herangeht, und kommen beide Pferde so Kopf an Kopf in das Ziel, daß der Ausspruch des Richters „todtes Rennen“ lautet. Im zweiten Heats wurde Ruby zurückgezogen und ging Fame über die Bahn. Dauer des ersten Laufes 3 Minuten.

— [Diebstähle.] Die Lehrerstochter M. ging am 1. d. Mts. von Pinne nach Posen, um hier einen Dienst zu suchen, und trug ihre Sachen in ein Päckchen gebunden bei sich. Unterweges begegnete sie zwei anderen Frauenzimmern, die auch nach Posen gingen, von wo sie früher, wie sich später ergab, wegen Diebereien verwiesen worden waren. Als es dunkel wurde, legten sich die drei Frauenzimmer, denen es an Reisegeld fehlte, unter Sträuchern zum Schlafen nieder und beim Erwachen vermißte die M. ihre Sachen und ihre Gefährtinnen. — In der Nacht zum 1. d. Mts. wurden dem Kaufmann N. 6 Säcke mit Knochen gestohlen und sind wahrscheinlich mittelst eines gleichzeitig vermißten Kahnes des Hausbesitzers G. auf der Warthe fortgeschafft worden. 2 Säcke wurden auf einem Holzplatze in der Sandstraße vorgefunden und dem Eigenthümer zurückgegeben.

Posen, 2. Juli. [Polizeibericht.] Gestohlen in der Nacht zum 22. Juni c. zwischen Kostrzyn und Schwersenz eine Reisetasche, gestickt mit Rosenknospen, Weintrauben und Weinblätter auf schwarzem Grunde, mit Lederboden, worin eine Brieftasche von Perlarbeit (eine Landschaft darstellend), im Deckel das Daguerreotyp Bildniß einer Dame befestigt, welche enthielt: sechs Stück Kassenanweisungen, à 25 Thlr., (preußische Banknoten) und 225 Thlr. Kassenanweisungen, à 1 Thlr., so wie eine Paßkarte auf den Lederfabrikanten C. Naumann in Berlin lautend. Außerdem befanden sich in der Reisetasche: verschiedene Leibwäsche, gez. C. N., Stiefeln, ein neuer schwarzer hörnerer Kamm, ein Taschenmesser mit brauner Hirschhornschale, Korkzieher, Federmesser und Brodmesser und ein grünes Notizbuch, theilweise beschrieben und viel gebraucht. — Ferner gestohlen am 24. Juni Wasserstraße 22/23 aus unverschlossener Stube: ein großes, wollenes, roth karirtes Umschlagetuch mit Frangen, ein weißer Unterrock, ein Paar Stiefel mit langen Schäften, noch sehr wenig getragen. Ferner gestohlen am 27. Juni St. Martin Nr. 65/66 aus einer verschlossenen Reisetasche: sechs neue Hemden, ungezeichnet, ein altes Hemde, gez. C. S., ein baumwollenes altes Schnupftuch, C. S. Nr. 3 gez., ein desgleichen rothbuntes C. S. Nr. 5 gez., drei Vorhemdchen mit Kragen, zwei Handtücher, gez. C. S. 11 und 12.

dt. Aus dem Posener Kreise, 30. Juni. [Militärisches Fest.] Am Sonntag Nachmittag wurde in Glówno ein echt patriotisches Fest begangen. Die Posener Landwehrkompagnie des 18. Landwehrregiments, geführt vom Hauptmann Boltze, fand Gelegenheit, durch freundliche Unterstützung der Herren v. Treskow (Wierzonka) und v. Winterfeld im Verein mit ihren Offizieren ein gemeinschaftliches Fest zu feiern. Die Frauen und Angehörigen der Wehrmänner hatten sich zahlreich eingefunden; bei Musik und Tanz, so wie bei Verabreichung von Erfrischungen ging die Zeit dahin. Auf Einladung der Wehrmänner nahmen auch die anwesenden Kameraden anderer Regimenter, so wie Civilpersonen Theil am Tanz. Durch die echt militärische Haltung der Wehrmänner, gehoben durch die Leitung ihres Hauptmannes und ihrer Offiziere und das gemüthliche Beisammensein mit ihren Familien, wurde das Fest patriotisch und nebenbei Familienfest. Der erste Toast wurde Sr. Majestät gebracht; mit Vortragung der preuß. Fahne wurden Vaterlandslieder gesungen, und in echter Fröhlichkeit endete ein Fest, an welches jeder Wehrmann eine angenehme Rückerinnerung behält.

α Grätz, 29. Juni. [Tollwuth.] Gestern verbreitete sich hier das Gerücht, daß in Schwarzhauland, in unserer Nähe, die Rinderpest ausgebrochen sei; sofort begaben sich der Kreisphysikus Dr. Rehfeld, der Distriktskommissarius und der Thierarzt an Ort und Stelle, fanden aber nur eine an Tollwuth kranke Ferse, die, wie eine Kuh desselben Wirthes, welche bereits abgegangen, von seinem Hunde gebissen worden war. Die Ferse wurde auch bald getödtet. Der Hund selbst hatte zuerst eine Katze todtgebissen, war dann an die Kette gelegt worden und am 7. Tage krepirt. In Blänke bei Rackwitz sind ebenfalls mehrere, von einem Hunde gebissene Stücke Rindvieh an der Tollwuth eingegangen.

V Rawicz, 1. Juli. [Die Realschule; zur Abwehr.] In Nr. 293 der „Bresl. Ztg.“ befindet sich ein Artikel mit der Ueberschrift: „Nicht Realschule, sondern höhere Bürgerschule“, welcher mit frommen Wünschen für Diejenigen schließt, denen das geistige und materielle Wohl der Kommune in die Hände gegeben ist, auf daß sie Freude an den Beleuchtungen und Belehrungen haben mögen, welche der Aufsatz enthält. Aber nicht Freude, sondern tiefe Betrübniß und Unwille muß jeden Rawiczer Bürger erfüllen, wenn solche Ergüsse der bittersten Parteilichkeit sich in das gleißende Gewand des Wohlwollens gegen die zu täuschenden Einwohner kleiden, und dadurch nicht allein die ganze Kommune vor dem großen Publikum bloßstellen, sondern auch den städtischen Interessen für Anstalten, denen hier wie überall die sorgsamste Pflege gewidmet wird, auf das Empfindlichste schaden; und nur darin liegt einiger Trost, daß solch ein liebloses Wesen von keinem Bürger von Rawicz ausgehen konnte, wohl aber von Jemandem, der sich in seinen Einbildungen gekränkt glaubt, so daß er das jetzt mit Feuer und Schwert zerstören möchte, was der rastloseste Eifer Jahre lang sogar unter seiner eigenen Betheiligung aufgebaut hat. Zur Sache selbst. Wir hatten früher eine sechsklassige Bürgerschule, deren Unzulänglichkeit gerade in den schlichten Bürgern den Drang nach Errichtung einer höheren Schule bewirkte. Sie gaben daher auch den ersten Anstoß und durch sie kam theilweise die spätere Verwirklichung zu Stande. Wie viele Motive sprachen auch nicht zu Gunsten dieser Errichtung! Der gebildetere Theil der Einwohnerschaft der Stadt mußte alljährlich nicht unbeträchtliche Summen Geldes nach fernen Bildungsanstalten für die Kinder und mit diesen selbst fortsenden. Erhöhte Sparsamkeit verdoppelte nothwendiger Weise diesen Verlust für den Ort. Gleich strebsamen, aber weniger bemittelten Familien war überdies eine solche Erziehung ihrer Söhne unmöglich. Und etwas Gleichgültiges ist doch wahrlich auch für die Begüterten die frühzeitige Trennung von ihren Kindern keineswegs. Beamte mit Familien suchten um jeden Preis einer Versetzung nach Rawicz auszuweichen, um an Orte zu kommen, wo ihren Kindern eine angemessene Schulbildung zu Theil werden konnte. Ja, wenn wir besorgen mußten, daß ganze Kollegien auf wiederholte Vorstellungen ihrer Mitglieder dem Orte genommen werden konnten, weil hier keine entsprechende Bildungsanstalt vorhanden war; und wenn Staatspensionäre, statt sich hierher zu wenden, wie es jetzt geschieht, aus unserer Stadt fortzogen, um Orte mit guten Schulen zu erlangen; wenn wir endlich erwogen, daß gerade unsere Nachbarstadt Lissa, mit der wir so gern gleichen Schritt halten möchten, durch ihre höhere Lehranstalt einen Theil ihres Aufschwunges gewonnen hat: so waren dies gewichtvolle Beweggründe genug, welche auch den höheren Behörden so einleuchteten, daß sie mit Entschiedenheit an die Ausführung der zu errichtenden Realschule gingen. Die Schwierigkeit des Kostenpunktes half uns ein jetziger Gegner beseitigen, indem er das als leicht ausführbar darstellte, was er jetzt

(Fortsetzung in der Beilage.)

für schwer angesehen wissen und durch unrichtige Angaben für eine Ueberbürdung und Unmöglichkeit gelten lassen möchte, dergestalt, daß es mehr als Oberflächlichkeit von einer Behörde wäre, wollte sie unter solchen Umständen ein Werk begründen oder erhalten. Es ist wohl richtig, daß sich für unsere Stadt, die gar kein Kommunalvermögen besitzt, größere Schwierigkeiten finden, als bei besser situirten Kommunen, und daß wir nicht ohne eine große Hoffnung auf Staatsunterstützung ans Werk geschritten sind. Da sich jedoch diese Hoffnung bei dem jetzt veränderten Stande der Dinge zerschlagen, der übrigens sich später wieder zu unseren Gunsten ändern könnte, so hielten wir es wohl für angemessener, die Sorge um die Erhaltung oder Vervollständigung der jungen Bildungsstätte den Behörden zu überlassen, als durch einseitige Referate ihr zu schaden, und dadurch einen Zustand herbeizuführen, der allerdings sehr lästig werden müßte. Die Realschule besteht hier seit drei Jahren und erfreut sich unter der wirksamen Leitung ihres Direktors und vermöge der Tüchtigkeit ihrer Lehrkräfte eines erfreulichen Gedeihens, und dürfte es wohl für deren Leistungen das sicherste Merkmal abgeben, daß Schüler, welche von der hiesigen Realschule nach Breslau abgegangen, in dieselben Klassen der dortigen Realschulen eintraten, aus denen sie hier entlassen wurden. Es wäre also hierin nicht der geringste Grund zu einer Aenderung zu finden. Das andere angebliche Bedenken ist, ob sie erhalten werden könne? Nach den im Namen des Lehrerpersonals durch den Direktor gegebenen Erklärungen verpflichtet sich dasselbe der Kommune und der Regierung gegenüber, mit den gegenwärtigen Lehrkräften die Prima zu errichten und die Schüler so weit heranzubilden, daß sie die gesetzliche Abiturientenprüfung machen, die Realschule also zu ihrer Vollständigkeit zu erheben, worüber der Plan der Regierung vorliegt. Wir können daher den gegenwärtigen Kostenbelauf der Lehranstalt als Norm hinstellen und darnach beurtheilen, welchen Mehrbedarf die Schule gegen früher erfordert und ob dieser ohne höhere Belastung der Kommunalsteuer hergegeben werden kann. So weit uns bekannt, kostet für die letzten drei Jahre unser gegenwärtiges Schulsystem, die Bürgerschule und Realschule zusammengenommen, durchschnittlich ca. 4—500 Thlr. mehr als die ehemalige sechsklassige Bürgerschule allein gekostet hat. Wir haben also für 500 Thlr. Mehraufwand eine Bürgerschule und eine Realschule, ein Betrag, der so gering und gegen die drohend vorgespiegelten Summen von 3—4000 Thlrn. so abweichend ist, daß es wohl himmelschreiend wäre, wollten wir um dieser geringen Mehrausgabe willen ein so tüchtiges Institut in seinem Gedeihen aufhalten. Da ferner das Schulgeld der Realschule jetzt schon eine Einnahme von mehr als 1800 Thlr. ergiebt, und sich durch einen gesteigerten Besuch von 30—40 Schülern, der leicht erfolgen kann, auf 2400 Thlr. erhöhen dürfte, so ist dieser Zuschuß völlig gedeckt, und die Realschule und Bürgerschule kosten dann nicht das Mindeste mehr, als die letztere vordem allein gekostet hat. Stören wir aber durch Insinuationen das Vertrauen zur Anstalt, namentlich in der Umgegend, welche die Verfertiger und deren Absichten nicht kennt, dann verliert dieselbe immer mehr an Schülern, und kostet in Folge des ausfallenden Schulgeldes der Kommune immer mehr. Der Einwand, daß darin ein Unrecht liege, die andern Schulen auf Kosten der einen höheren zu verkürzen, dürfte, schärfer betrachtet, nicht stichhaltig erscheinen. Denn nicht allein eine vierklassige, sondern erforderlichen Falls auch eine fünfklassige Bürger-Knabenschule kann hier bestehen, ohne die Stadt empfindlich zu belasten. Einer Ungerechtigkeit würde man sich aber schuldig machen, wollte man den Kommunalbehörden vorwerfen, daß sie ungenügende Mittel für den Elementarunterricht bewilligten, um Alles einer Anstalt zuzuwenden. Daß unsere Knabenschule in ihren Lehrern nicht befriedigen sollte, vermögen wir nicht zu beurtheilen; wäre dies aber der Fall, dann könnten wir noch tausend Thaler mehr denselben Kräften widmen, und es würde deshalb nicht mehr geleistet werden, da nicht das Geld, sondern der Lehrer lehrt. Wir lassen aber den Vorwurf im Hinblick auf die in früheren Zeiten dem größten Theile unserer jüngeren Bürgerschaft von denselben Lehrern gewordene Schulbildung als einen ungerechtfertigten auf sich beruhen. Außerdem dürfte es wohl wenig Kommunen geben, welche mehr für ihre Bürger- und Elementarschulen leisten, was am besten durch die Zahl der hier angestellten Lehrer (24) zu beweisen ist, von denen nur 7 der Realschule angehören. Und wenn das Gehalt einzelner Lehrer, wie jener Artikel besagt, gering und nicht auskömmlich ist, so dürften andere Kommunen wohl auch nicht mehr gewähren, da wir sonst überhaupt keine Lehrer haben würden. Sehen wir nebenbei in manches Bürgers Haushalt, der eine ähnliche Berechtigung an die zu schaffende Berufsfreudigkeit zu erfüllen hat, um wieviel kärglicher regelt der Geschäftsverdienst dort die Einnahme. Wenn die Kommune durch 17 Lehrer für die Volksbildung sorgt, so hat sie wahrhaftig auch eine Verpflichtung, diejenigen zu berücksichtigen, welche ihren Kindern eine höhere Bildung gewähren wollen, und hierauf durch ihre namhafteren Abgaben und das erhöhte Schulgeld auch die meisten Ansprüche haben. Und wenn dieser Verpflichtung in 7 Lehrern gegen 17 nachgekommen wird, so ist es wahrlich auf das Mäßigste beschränkt. Sollte nach dem Wunsche des Artikels die Realschule sich auflösen lassen, welche materiellen Nachtheile würden der Stadt daraus entstehen müssen, da von den 150 Realschülern doch wohl an 100 in auswärtige Anstalten gebracht würden, welche der Stadt mindestens eine Verkehrssumme von 8000 Thlr. entzögen, die in andere Städte gesendet würden, ungerechnet die für die Zukunft wegbleibenden auswärtigen Schüler, welche hier als Pensionäre Aufnahme gefunden hätten. Vom Standpunkte der Intelligenz und des Fortschrittes wäre der Rückschritt in der Auflösung der Realschule ein Frevel, der für unsere Stadt von den unheilvollsten Folgen, und geeignet wäre, den Wohlstand derselben immer mehr zu erschüttern. Möchten diese Worte aus der Brust eines dem Wohle der Stadt mit echter Treue ergebenen Bürgers dazu dienen, Irrthümer zu beseitigen und schädliche Einflüsse von der Stadt abzuwenden!

μ Aus dem Schrimmer Kreise, 29. Juni. [Brandunglück; Erstickung eines Kindes; Raupenfraß.] In der vorigen Nacht hatten wir ein starkes Gewitter, ein Donnerschlag folgte auf den andern. In dem Dorfe Kamionek zündete der Blitz und legte ein bäuerliches Wohnhaus in Asche. In derselben Nacht brach auch in dem Dorfe Trzebislawek unweit Kurnik Feuer aus, wodurch eine ganze Bauernwirthschaft mit fast allem todten und lebenden Inventarium ein Raub der Flammen wurde. Leider ist auch hierbei ein Menschenleben zu beklagen. Für Trzebislawek ist dieser Brand noch insofern merkwürdig, als gerade heute vor 3 Jahren der Ort durch ein Brandunglück betroffen wurde. Damals zündete der Blitz die herrschaftliche Scheune an, welche gänzlich niederbrannte. — In vergangener Woche ereignete sich in Kurnik das Unglück, daß eine Amme das ihr anvertraute Kind durch Unvorsichtigkeit erstickte. — Die Kurniker Forsten werden durch Raupenfraß stark heimgesucht. Schon von ferne bieten die von den Raupen heimgesuchten Wälder einen traurigen Anblick dar und es steht zu fürchten, daß sie ihre Verheerungen trotz aller angewandten Mühe noch weiter ausdehnen werden. Die umliegenden Ortschaften sind aufgefordert, ernstlich Hülfe zu leisten.

r. Wollstein, 30. Juni. [Arretirung; Wohlthätigkeit.] Gestern Mittags wurde der Privatschreiber Z. (s. Nr. 145 d. Z.) per Transport von Glogau in das hiesige Gerichtsgefängniß abgeliefert. Sein Komplice Cz. soll morgen hier eintreffen. Es fanden sich bei dem Z. bei seiner Arretirung in Glogau nur noch gegen 1230 Thlr.; 700 Thlr. will er verloren haben und 130 Thlr. hat er in Gemeinschaft mit Cz. in Glogau verausgabt. Wegen der fehlenden 700 Thlr. sind hier bereits in der vorigen Woche gerichtliche Haussuchungen gehalten worden, die aber kein Resultat ergeben haben. Das vorgefundene Geld, so wie zwei Taschenuhren, welche die Gauner in Glogau gekauft, und die falschen Pässe, welche sie sich ausgestellt, befinden sich bei dem hiesigen k. Kreisgerichte. — Die Kaufleute Gebr. Basch, die seit ungefähr 20 Jahren von hier nach Berlin übergesiedelt, bedenken noch immer von Zeit zu Zeit die Wohlthätigkeitsanstalten der hiesigen jüdischen Gemeinde, so wie die Armen hiesiger Stadt mit namhaften Geldunterstützungen. So haben dieselben vor einigen Monaten erst 50 Thlr. zur Verschönerung des Gottesackers hergegeben, und vor einigen Tagen, am Geburtstage des Herrn Isidor Basch, ließen dieselben durch ihre hiesigen Verwandten Brod und ansehnliche Gaben an Geld an die Armen vertheilen.

ξ Bromberg, 30. Juni. [General v. Fidler; Regierungserlaß; Okollo.] Vorgestern machte das hiesige Offizierkorps bei Sr. Excellenz dem frühern Divisionskommandeur v. Fidler seine Abschiedsvisiten. Abends fand eine Abendmusik und ein großer Zapfenstreich statt. Se. Excellenz zieht von hier nach Berlin. — In der letzten Nummer des Kreisblattes veröffentlicht der Landrath eine Regierungsverfügung in Betreff der Rinderpest, in welcher es unter Anderm heißt: Das Ergebniß, daß bei dem vor Kurzem erfolgten Ausbruch der Rinderpest im Schrimmer Kreise, Posener Regierungsbezirks, und in den Kreisen Steinau und Guhrau im Regierungsbezirke Breslau die Anzeige davon resp. von den, dem unzweifelhaften Ausbruch der Seuche vorangegangen verdächtigen Erkrankungs- und Sterbefällen unter dem Rindvieh erst mehrere Wochen nachher an die betreffenden königl. Regierungen gelangt ist, in Folge welcher unverantwortlichen Verzögerung die Seuche an den Orten, wo sie zuerst aufgetreten, bereits große Verheerungen angerichtet und sich auf andere Orte verbreitet hatte, bevor die nothwendigen Maaßregeln zu ihrer Unterdrückung ergriffen werden konnten, hat höheren Orts nicht nur das größte Mißfallen hervorgerufen, sondern auch zu der Bestimmung Veranlassung gegeben, daß einer solchen Nachlässigkeit der Kreis- und Ortsbehörden in einer Angelegenheit, bei welcher die größte Aufmerksamkeit und die äußerste Eile unerläßlich geboten sind, um ein Unglück von unberechenbaren Folgen zu verhüten, und wo jeder Verzug das Uebel vergrößert, auf das Nachdrücklichste begegnet werde. Wenngleich wir dem Verhalten unserer Kreis- und Ortsbehörden und deren dem hochwichtigen Gegenstande bisher gewidmeten Aufmerksamkeit unser Anerkenntniß nicht versagen können, so weisen wir im Auftrage des Herrn Ministers ꝛc. das königl. Landrathsamt nochmals und unter ernster Hinweisung auf die schwere Verantwortlichkeit, welche in dieser Angelegenheit jede Vernachlässigung nach sich ziehen muß, auf das Gemessenste an, den Gesundheitszustand des Rindviehes im dortigen Kreise unausgesetzt zu beobachten u. s. w. Gegen Beamte, welche sich hierbei die geringste Saumseligkeit zu Schulden kommen lassen, werden wir unnachsichtlich mit empfindlichen Ordnungsstrafen und nach Befinden der Umstände mit sofortiger Amtssuspension unter Vorbehalt der event. Einleitung der Disziplinaruntersuchung vorgehen und einen besondern Kommissarius zur Wahrnehmung des Amtes auf Kosten des Schuldigen bestellen. — Am Sonnabend den 28. d. M. ist der Saal im Etablissement Okollo gerichtet worden; derselbe hat eine Länge von 100 Fuß und wird von dem neuen Besitzer auf das Geschmackvollste eingerichtet werden.

ρ Nakel, 29. Juni. [Missionsprediger; Ernteaussichten; Jahrmarkt.] Heute hielt der Missionär Ayres aus London hier im Interesse der Judenmission eine sehr kernhafte und überzeugende Predigt. Wir sahen aber nicht einen einzigen Juden in der Kirche; auch früher, als hier eine Predigt gleichen Zweckes gehalten wurde, sind keine jüdischen Glaubensgenossen zugegen gewesen, woraus man schließen kann, daß dieselben hier fest an ihrem religiösen Bekenntniß halten. — Wir haben alle Ursache zu danken für die so schön stehenden Getreide- und Kartoffelfelder. Der Roggen hat die Blüthezeit sehr gut bestanden, und die Kartoffeln haben sehr reichlich angesetzt; auch die Heuernte ist jetzt im vollsten Gange und durchaus gut; außer vorgestern und gestern, wo häufiger Gewitterregen störend entgegentrat, ist dieselbe noch nicht unterbrochen worden. Alle diese guten Ernteaussichten lassen uns die seit Kurzem wieder mehr fühlbar gewordene Theurung der Lebensmittel einigermaßen ertragen. — Unser in diesen Tagen stattgehabter Jahrmarkt war (wohl auch theils in Folge des allgemeinen Geldmangels) sehr flau, namentlich stand die geringe Anzahl der Käufer nicht im erwünschten Verhältniß zu den Verkäufern, was auch besonders auf den Viehmarkt in Anwendung zu bringen ist. Pferde und Rindvieh waren nicht theurer wie sonst, aber sehr wenig Geschäfte wurden gemacht.

ΔΔ Wittkowo, 30. Juni. [Gewitterschaden.] In der Nacht von Sonnabend zu Sonntag hatten wir ein starkes, am darauf folgenden Morgen aber ein noch beinahe stärkeres Gewitter, welches letztere in den Ortschaften in unserer Nähe manchen beträchtlichen Schaden angerichtet hat. In Drachowo, wo der Blitz in eine Scheune einschlug, sind in Folge des dadurch entstandenen Brandes (zu dessen Löschung auch die hiesige Kommunalspritze hinausgeeilt war), mehrere Gebäude in Asche gelegt worden. In Żelesnice wurde eine Kuh vom Blitze getroffen und augenblicklich getödtet, während der Hütejunge, der dicht daneben stand, merkwürdigerweise ganz unversehrt davon kam. Auch der heftige Sturm, welcher dem gestrigen Gewitter voranging, hat manchen Schaden angerichtet; so hat er z. B. in Strzyżewo (¼ Meile von hier) einen Schafstall förmlich niedergerissen, wobei jedoch glücklicherweise unter allen Schafen, die darin waren, nur ein einiges das Leben verlor. Als ein wahres Glück für uns aber ist es anzusehen, daß bei dem furchtbaren Naturschauspiele, das wir hatten, der Regen im Verhältniß nur mäßig war, wodurch in unsern, so vortrefflich stehenden Feldern und Gärten Schaden verhütet wurde.

Angekommene Fremde.

Vom 2. Juli.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Die Gutsbesitzer Tepper aus Trzebon, v. Mierzynski aus Chobielnic, v. Unruh aus Szokowo, v. Hoven aus Landsberg a. W., Jouanne aus Pleschen, Sänger aus Sarczin; Gutsb. und Major a. D. v. Waldow aus Nieder-Röhrsdorf; Frau Gutsb. v. Turno aus Obiezierze; Rechtsanwalt Seiler aus Angermünde und Kaufmann Hirschfeld aus Berlin.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Frau Fürstin Sułkowska, Durchlaucht, aus Schloß Reisen; Komtesse Mycielska aus Rokossowo; Frhr. v. Rieben aus Schneidemühl; Geistlicher Rudal und Fräul. Rudal aus Boruszyn; Kaufmann Jacobs aus Limbach.

BAZAR. Die Gutsb. Fürst Czartoryski aus Wien; v. Mierzyński aus Bythin; v. Lalewicz und v. Sempołowski aus Gowarzewo.

SCHWARZER ADLER. Gutsb. Schmilinski aus Cieśle; Partikulier v. Bronikowski aus Gołuń und Professor Sikorski aus Trzemeszno.

HOTEL DU NORD. Die Gutsb. Mittelstädt aus Kurowo, v. Bronikowski aus Gołuń und v. Wolański aus Wróbli.

GOLDENE GANS. Wirthschafts-Inspektor Molinek aus Brodnica und Kunstgärtner Rynkowski aus Mur. Goślin.

HOTEL DE BERLIN. Die Gutsb. Freytag aus Jastrow und v. Bluczyński aus Łagiewnik; Frau Gutsb. v. Loga aus Bromberg; Pfarrer Musolff aus Runowo; Probst Sczygielski aus Duszník; Baumeister Scherwenka aus Samter; Kaufmann Adolphi aus Berlin; Wirthschafts-Inspektor von Lizak aus Siedlec; Stud. philos. Kuflisfi aus Breslau; Gutsp. Micarra aus Oporowo und Gutsb. v. Banaszkiewicz aus Serienko.

HOTEL DE PARIS. Die Partikuliers Zietkiewicz aus Slembowo und v. Steinborn aus Woyczyn; Rentier v. Dobrowolski aus Schroda; Probst Fromholz aus Rekla; die Gutsp. v. Kierski aus Białężyn und v. Lossow aus Starczynowo; die Gutsb. v. Radoński aus Rudnicz, v. Kierski aus Małachowo, v. Suchorzewski aus Węgierskie, v. Radoński aus Bieganowo, v. Otocki aus Gogolewo, v. Hulewicz aus Mikodziejewice, Złotnicki aus Gonice und v. Jaraczewski aus Wola.

HOTEL DE VIENNE. Gutsb. Graf Grabowski aus Grylewo.

WEISSER ADLER. Gutsb. v. Zychlinski aus Budzyń; Gutsbesitzerssohn Burghardt aus Gortatowo; Gutsp. Viertel aus Swięcinek und Mühlenbesitzer Celle aus Jankowo.

EICHBORN'S HOTEL. Die Kaufleute Laskowicz aus Kosten und Schwerin aus Neustadt b. P.; Ackerbürger Hamann aus Gottschimmerbruch und Kalkulator Stetter aus Breslau.

DREI LILIEN. Wirthschafts-Kommissarius Drescher aus Rudki; Maurermeister Neumann aus Wreschen und die Leinwandhändler Gebr. Haake aus Waldenburg.

EICHENER BORN. Oekonom Brühl aus Lissa und Kaufmann Salomon aus Schokken.

PRIVAT-LOGIS. Gutsb. v. Moszczeński aus Żołondowo, log. Gerberstraße Nr. 3.; Partikulier v. Stefański aus Pijanowice, log. St. Martin Nr. 16.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Auktion.

Mittwoch den 9. Juli c. Vormittags 9 Uhr sollen wegen Aufgabe der Pacht in **Sarbinowo** bei Schwersenz
30 Stück vorzügliche Milchkühe,
3 einjährige Bullen und 4 dergl. Fersen,
10 starke Zugochsen,
8 Pferde,
5 Zuchtsäue und
verschiedenes Acker- und Hausgeräth
gegen baare Bezahlung meistbietend versteigert werden.

Der zum 9. Juli in loco **Jaktorowo** anberaumte Termin zum Verkauf des lebenden und todten Inventariums wird auf den 14. Juli und folgende Tage verlegt. **v. Seredyńska.**

Ritterguts-Verkauf.

Eine Herrschaft von circa 5500 Morgen Areal im preußischen Kujawien, eine Besitzung in Polen mit 8000 Morgen Areal, worunter 4000 Morgen Kiefern-Wald, wie auch eine Besitzung im Großherzogthum Posen von 5000 Morgen Areal, worunter 1600 Morgen Wald und 1400 Morgen Neuland, bin ich unter sehr günstigen Bedingungen zu verkaufen beauftragt, ertheile auch auf portofreie Anfragen nähere Auskunft.
Eduard Kersten in Strzelno.

Ein kontraktlich ganz neu erbauter Oderkahn, fine Kanal-Maaß, fichtener Boden und Windlatten, sonst eichen, steht sofort zum Verkauf beim Schiffsbaumeister **Füllner** in Radzewer Hauland bei Schrimm. Offerten bittet Verkäufer frankirt einzusenden.

Eine bedeutende Anzahl von Landgütern zum Ankauf weiset nach der Güter-Agent
Herrmann Mathias,
Posen, Wilhelmsplatz 14, im Hause des Herrn v. Kaczkowski.

Es sollen nachfolgend verzeichnete Güter verkauft werden:
1 Rittergut mit 6400 Morgen Areal für 260,000 Thlr., 1 desgl. mit 2400 M. Areal für 90,000 Thlr., 1 desgl. mit 1960 M. Ar. für 45,000 Thlr., 1 desgl. mit 4800 M. Ar. für 130,000 Thlr., 1 desgl. mit 1895 M. Ar. für 100,000 Thlr., 1 desgl. mit 2400 M. Ar. für 70,000 Thlr., 1 desgl. mit 3089 M. Ar. für 162,000 Thlr., 1 desgl. mit 5000 M. Ar. für 250,000 Thlr., 1 desgl. mit 4900 Morg. Areal für 210,000 Thlr., 1 desgl. mit 1000 Morg. Areal für 45,000 Thlr., 1 desgl. mit 1000 M. Ar. für 50,000 Thlr., 1 desgl. mit 7000 M. Ar. für 280,000 Thlr., 1 desgl. mit 2700 M. Ar. für 120,000 Thlr. u. s. w., 1 Allodialgut von 1000 M. Ar. für 32,000 Thlr., 1 desgl. von 626 M. Ar. für 32,000 Thlr., 1 desgl. von 493 M. Ar. für 17,000 Thlr., 1 desgl. von 1400 M. Ar. für 28,000 Thlr., 1 desgl. von 1300 M. Ar. für 45,000 Thlr., 1 desgl. von 500 M. Ar. für 16,000 Thlr. u. s. w. Nähere Auskunft ertheilt der Güter-Agent
F. H. Hartmann in **Wronke**.

Die Heil-Anstalt bei Bromberg

zugleich

Wasser-Heilanstalt, Institut für Heil-Gymnastik und für elektro-magnetische (elektro-kaustische) Kuren,

ausgezeichnet durch gesunde Lage und reichliche Quellen des besten Wassers, ist stets zur Aufnahme von Leidenden bestens eingerichtet.
Sorgfältige ärztliche Behandlung und gewissenhafte Pflege.
Anmeldungen bei dem mitunterzeichneten Besitzer.
Sanitätsrath Dr. **Borchardt**, Arzt. Apotheker **W. Oelsner**, Besitzer der Anstalt.

1856er

Stettiner Portland-Cement,

dem englischen an Güte durchaus nicht nachstehend, aber billiger, und in stets **frischer** Original-Packung, verkauft sowohl ausgewogen als in einzelnen Tonnen zum Fabrik-Preis
die Gas-Niederlage u. Oel-Raffinerie
von **Adolph Asch,**
Schloßstraße Nr. 5, unweit des Marktes.

Eine gute junge Zuchtsau nebst sechs Ferkeln ist zu verkaufen neben der St. Adalbert-Kirche Nr. 23.

Eine neue Sendung eleganter schwarzer Kanten-Mantillen empfing so eben und empfiehlt solche zu billigen Preisen
Falk Karpen, Wronkerstr. 91.

Gut abgelagertes **Grätzer Bier** (den Wiederverkäufern angemessenen Rabatt) bei **Lewandowicz**, St. Adalbert 45.

Frische Stett. **Hechte** Donnerstag Abend 6 Uhr bei **Kletschoff**, Sapiehapl. 7 (i. d. Mühle).
Auch empfing die beste Tafelbutter u. Sahnkäse.

Zur gefälligen Beachtung.

Dem hochgeehrten Publikum empfehle ich gut eingeschossene Doppelflinten zu soliden Preisen, für deren Güte ich garantire. Auch stehen einige billige Doppelflinten zum Verkauf. Reparaturen werden schnell und dauerhaft ausgeführt.
Posen, Breslauerstraße Nr. 30.
A. Hoffmann, Büchsenmachermeister.

Mein Lager echt importirter Hamburger Cigarren empfehle ich dem geehrten Publikum.
Herrmann Mathias,
Posen, Wilhelmsplatz 14, im Hause des Herrn v. Kaczkowski.

Der unter dem Waisenhause, Teichgasse, befindliche große Keller mit 2 Ausgängen nach der Straße, ist vom 1. Oktober d. J. wiederum zur Waaren-Niederlage zu vermiethen.
Posen, im Juni 1856.
Die Direktion der israel. Waisenknaben-Anstalt.

Bergstraße Nr. 1 ist eine Wohnung, zu jedem offenen Geschäft sich eignend, zu vermiethen.

Gr. Gerberstraße 17 Parterre sind drei Stuben und eine Küche sofort zu vermiethen. Näheres bei
Rudolph Rabsilber, gr. Gerberstr. 18.

Alten Markt Nr. 51 sind große und kleine Wohnungen zu vermiethen.

Neuestraße Nr. 4 ist ein freundliches möblirtes Zimmer im zweiten Stock sofort zu vermiethen und zu beziehen. Zu erfragen daselbst links.

Ein Zimmer mit oder ohne Möbel ist sofort im 3. Stock Wilhelmsplatz Nr. 8 zu vermiethen.

Königsstraße Nr. 20 zwei Treppen hoch ist eine möblirte Stube jetzt gleich zu vermiethen.

Schützenstr. 4 ist eine möblirte Parterrestube sofort zu vermiethen bei der Wittwe Lorenz.

Neben d. F.-W.-Gymnasium s. möbl. Zimmer z. verm.

Die **Milchpacht** eines Dominiums wird gesucht. Wo? sagt die Expedition dieser Zeitung.

Ein tüchtiger Wirthschaftsschreiber, der seine Brauchbarkeit durch glaubwürdige Zeugnisse belegen kann, findet sofort ein Unterkommen auf dem Dominium **Groß-Münche** bei Górzyn.

Ein deutscher zuverlässiger Ziegelmeister sucht eine Anstellung. Die besten Zeugnisse stehen ihm zur Seite. Näheres in der Expedition dieser Zeitung.

Eine Wirthin, welche die Landwirthschaft gründlich versteht, sucht sofort ein Unterkommen. Zu erfragen bei **Jeuchner**, Königsstraße Nr. 19.

Auf erste Hypothek eines ländl. Grundstücks werden 900—1200 Thlr. auf 4—6 Jahre zu leihen gesucht. Wo? sagt die Exped. d. Ztg.

Lotterie-Anzeige.

Diejenigen meiner Spieler, welche sich Loose reservirten, ersuche ich, solche bis spätestens zum 4. Juli abholen zu lassen, indem bei dem starken Begehr und geringen Vorrath keine weitere Garantie geleistet werden kann.
Der königliche Lotterie-Einnehmer
L. Pulvermacher, Markt 83.

Wegen vorgekommener Firma-Verwechselung bitte ich auf meine Adresse genau zu achten. Rawicz, den 29. Juni 1856.
Joseph G. Ollendorff.

Der landwirthschaftliche Verein des **Kostener** Kreises versammelt sich zu Kosten am 9. Juli Vormittags 9 Uhr. Tagesordnung: „Ueber Dachdeckungen mit besonderer Rücksicht auf landwirthschaftliche Gebäude."

Familien-Nachrichten.

Statt besonderer Meldung.
Die Verlobung unserer Tochter Ottilie mit dem Vorwerksbesitzer Herrn Otto Scheffner aus Buk, zeigen wir hiermit ergebenst an.
Doktorowo bei Grätz, den 30. Juni 1856.
Müller und Frau.

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verlobungen. Breslau: Frl. P. Hildebrandt mit Hrn. Civil-Ingenieur Nack; Kl. Sägewitz: Frl. Marie Gläser mit Hrn. Rittergutsbes. Lewald.

Stadttheater in Posen.

Donnerstag: Viertes Gastspiel des königl. preußischen Hofschauspielers Herrn Ludwig Dessoir. **Faust.** Tragödie in 6 Akten von Göthe. Mephistopheles: Herr L. Dessoir, als vierte Gastrolle.

Das große Feuerwerk nebst Konzert auf dem Schilling, welches wegen unbeständigen Wetters auch Mittwoch den 2. Juli **nicht** abgebrannt werden konnte, findet Freitag den 4. Juli statt, und wird durch Anschlagezettel das Nähere noch angezeigt.
Schwiegerling.

Tauber's Kaffee-Garten.

Donnerstag den 3. Juli c.
Großes Garten-Konzert
vom Musikkorps des 2. (Leib-) Husaren-Regts., unter Leitung des Stabstrompeters Herrn Zikoff.
Entrée 2½ Sgr. Familien von 3 Personen 5 Sgr.
Anfang 6 Uhr. **Tauber.**

In der Wasserheil-Anstalt zu Dembno

findet am 6. Juli c. Sonntags ein Vokal- und Instrumentalkonzert, gegeben vom Herrn Opernsänger Götte, und ein Tanzvergnügen statt.
Der Anfang des Konzerts beginnt um 6 Uhr Nachmittags und der des Tanzvergnügens gleich nach Abhaltung des Konzerts.
Entrée pro Person 1 Thlr.
Dembno, den 23. Juni 1856.
Die Administration der Anstalt.

Posener Markt-Bericht vom 2. Juli.

	Von Thlr.	Sgr.	Pf.	Bis Thlr.	Sgr.	Pf.
Fein. Weizen, d. Schfl. zu 16 Mtz.	4	5	—	4	15	—
Mittel-Weizen	3	15	—	3	25	—
Ordinairer Weizen	—	—	—	—	—	—
Roggen, schwerer Sorte	3	12	6	3	20	—
Roggen, leichtere Sorte	—	—	—	—	—	—
Große Gerste	—	—	—	—	—	—
Kleine Gerste	—	—	—	—	—	—
Hafer	1	22	6	2	2	6
Kocherbsen	—	—	—	—	—	—
Futtererbsen	—	—	—	—	—	—
Winterrübsen	3	25	—	3	26	3
Buchweizen	—	—	—	—	—	—
Kartoffeln	1	15	—	1	20	—
Butter, ein Faß zu 8 Pfd.	2	—	—	2	10	—
Rother Klee, d. Ctr. zu 110 Pfd.	—	—	—	—	—	—
Heu, der Ctr. zu 110 Pfd.	—	22	6	—	25	—
Stroh, d. Schock zu 1200 Pfd.	10	—	—	11	—	—
Rüböl, der Ctr. zu 110 Pfd.	—	—	—	—	—	—
Spiritus: am 1. Juli / 2. (die Tonne von 120 Ort. à 80 % Tr.)	31	—	—	31	15	—

Die Markt-Kommission.

Wasserstand der Warthe:

Posen . . . am 1. Juli Vorm. 8 Uhr 1 Fuß 10 Zoll
„ 2. „ „ 8 „ 1 „ 9 „

Produkten-Börse.

Berlin, 1. Juli. Wind: West. Barometer: 28. Thermometer: 16° +. Witterung: abwechselnd Hagel und Regen bei kühler Luft.

Weizen ganz still, eine kleine Parthie 84 Pfd. weißbunt. poln. 100 Rt. bezahlt.

Roggen loco gut begehrt und aus den Kündigungen mit 79 und 79½ Rt. p. 2050 Pfd. bezahlt; für 84 Pfd. effekt. mecklenb. 84—85 Rt. p. 2050 Pfd. bezahlt. Termine, Anfangs besonders sehr animirt und steigend, schließen ruhiger und wieder etwas billiger verkauft.

Gerste geschäftslos.
Hafer behauptet.
Rüböl sehr fest und anziehend.

Spiritus bei animirter Steigerung zu wesentlich besseren Preisen gehandelt, nur Spätherbst vernachlässigt.

Weizen loco nach Qual. gelb und bunt 92—102 Rt., hochb. u. weiß 102—115 Rt.

Roggen Juli 73—74—72½ Rt. bez. u. Gd., 73 Br., Juli-August 65—65½—64½—65 bez. u. Br., 64½ Gd., Septbr.-Oktbr. 59½—60 bez. u. Gd., 60¼ Br.

Gerste, große loco 56—59 Rt.

Hafer loco nach Qual. 35½—37½ Rt., 52 Pfd. 36½ und 36¾ Rt. p. 25 Scheffel bez.

Erbsen, Kochwaare 73—82 Rt.

Rüböl loco 16⅔ Rt. Br., 16½ Gd., p. Juli, Juli-August und August-Septbr. 16⅝ Rt. Br., p. Septbr.-Oktbr. 16⅓—½—5/12 Rt. bez. u. Gd., 16½ Br., p. Oktbr.-Novbr. 16¼ Rt. bez., 16⅓ Br., 16⅙ Gd., p. Novbr.-Dezbr. 16 Rt. bez. u. Gd., 16⅙ Br.

Leinöl loco 14⅙ Rt. Br., Lieferung 14 Br.
Hanföl loco fehlt.

Spiritus loco ohne Faß 36 Rt. bez., Juli 35¾—36 bez., Br. u. Gd., Juli-August 34¾—35 bez. u. Gd., 35¼ Br., August-Septbr. 34—34¼ bez., 34½ Br. u. Gd., Septbr.-Oktbr. 32¾—33 bez., 33¼ Br., 32¾ Gd., Oktbr.-Novbr. 30½—31 bez., Br. u. Gd.
(Ldw. Hdbl.)

(Die Getreide-Börsennachrichten von Breslau und Stettin sind heute nicht eingegangen. D. Red.)

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, vom 1. Juli und 29. Juni 1856.

Preuss. Fonds- und Geld-Course.

		vom 1.	vom 29.
Pr.Frw. Anleihe	4½	100¾ G	100¾ G
St.-Anl. 1850	4½	101¾ bz	101¾ G
- - 1852	4½	101¾ bz	101¾ G
- - 1853	4	95¾ bz	96¼ bz
- - 1854	4½	101¾ bz	101¾ G
- - 1855	4½	101¾ bz	101¾ G
St.-Schuldsch.	3½	86½ bz	86½ bz
Seeh.-Pr.-Sch.	—	— —	155 etw bz
St.-Präm.-Anl.	3½	112¾ bz	112¾ bz
K. u N. Schuldv.	3½	83¼ B	83¼ B
Berl. Stadt-Obl.	4½	101 G	101 bz
- - -	3½	84½ G	84½ G
K. u. N. Pfandbr.	3½	95⅝ B	95¾ bz
Ostpreuss. -	3½	91¼ G	91¼ G
Pomm. -	3½	93¼ B	93¼ B
Posensche -	4	99½ B	99½ G
- neue -	3½	88¾ B	89 B
Schlesische -	3½	— —	88½ bz
Westpreuss. -	3½	86 bz	86 bz
K. u. N. Rentbr.	4	94¾ bz	94¾ B
Pomm. -	4	95¼ bz	95 bz
Posensche -	4	92¾ B	92¾ B
Preussische -	4	94¾ B	95½ bz

		vom 1.	vom 29.
Westph. Rentbr.	4	95½ bz	95½ bz
Sächsische -	4	95 bz	95 B
Schlesische -	4	93½ bz	93½ bz
Pr. Bkanth.-Sch.	4	133 G	132½ bz u G
Discont.-Comm.	4	145½-142½ bz	145¼-½ bz
Min.-Bk.-A.	5	— —	— —
Friedrichsd'or	—	— —	— —
Louisd'or	—	111 bz	111 bz

Eisenbahn-Aktien.

		vom 1.	vom 29.
Aach.-Düsseld.	3½	91 G	91 G
- - Pr.	4	90½ B	90½ B
- II. Em.	4	90¼ B	90 B
- Mastricht.	4	62 et bz u G	62¼ bz
- - Pr.	4½	95¾ G	95¾ B
Amst.-Rotterd.	4	80 bz	80 bz
Berg.-Märkische	4	90½ bz	90½ bz
- - Pr.	5	102¼ B	102¼ bz
- II. Em.	5	102 bz	102¼ bz
Dtm.-S.-P.	4	90 B	90½ B
Berlin-Anhalt.	4	172½-174 bz	171 bz u G
- - Pr.	4	94¼ G	94¼ bz
Berl.-Hamburg.	4	106¾ bz	106½ G
- - Pr.	4½	102 bz	101¾ G
- II. Em.	4½	— —	— —
Berl.-P.-Magd.	4	125 B	124½-¾ bz
- Pr. A. B.	4	92¼ G	92¼ G
Berl.-P.-M. L. C.	4½	100¼ G	100¼ bz
- - L. D.	4½	100 bz	100 bz
Berlin-Stettiner	4	157 bz u B	164 bz u B
- - Pr.	4½	100½ G	100½ G
Brsl.-Freib.-St.	4	179 B	178¼ etw bz
- - Neue	4	166 bz	168-167½ bz
Cöln.-Cref.-St.	—	108 B	108 B
- - Pr.	4½	— —	— —
Cöln-Mindener	3½	161½-162 bz	161¼ bz
- - Pr.	4½	100¾ B	101 G
- II. Em.	5	103 G	103 G
- -	4	91 G	91 G
- III. Em.	4	91 G	90¾ G
- IV. Em.	4	91¼ G	91 bz
Düsseld.-Elberf.	4	146 B	146½ B
- - Pr.	4	— —	— —
- - Pr.	5	101½ G	101½ B
Fr. St.-Eis.	3	168 bz	166-167 bz
- - Pr.	4	291½ bz	291½ B
Ludwigsh.-Bex.	4	151¼ bz	151½-151 bz
Löbau-Zittau	4	66½ G	— —
Magd.-Halberst.	4	203 B	203 et bz u B
Magd.-Wittenb.	4½	48 G	48 G
- - Pr.	4	97 G	97 G
Mainz-Ludwh.	4	117 B	117 B
Mecklenburger	4	59¼-59 bz	58¾ B
Münst.-Ham.	4½	95 etw bz	94¾ bz
Neust.-Weissb.	4	— —	— —
Niederschl.-M.	4	93½ bz	93½ bz
- - Pr.	4	93½ bz	93½ bz
- Pr. I. II. Sr.	4	93½ bz	93½ bz
- - III. -	4	93¼ G	93 G
- - IV. -	5	102¼ G	102¼ G
Niederschl. Zwb	4	95 bz	95 bz
Nordb. (Fr. W.)	4	61½ bz	61¾-¼ bz
- - Pr.	5	— —	— —
Oberschl. L. A.	3½	211-½ bz	212 B
- - B.	3½	182 G	181½ B
- Pr. A.	4	— —	— —
- - B.	3½	81¼ bz	81¼ bz
- - D.	4	91 bz	90½ bz
- - - E.	3½	79 bz	79 B
Oppeln-Tarn.	4	— —	— —
Prz. W. (St.-V.)	4	69 B	69 B
- Ser. I.	5	101 G	101 G
- - II.	5	100 B	100 G
Rheinische	4	116¾ bz	115¼-116½ bz
- (St.) Pr.	4	116¼ bz u G	— —
- (St.) Pr.	4	— —	91 B
- v. St. g.	3½	— —	84 B
Ruhrort.-Cref.	3½	92¾ B	92¾ B
- - Pr. I.	4½	— —	— —
- - -	4	— —	— —
Starg.-Posener	3½	96 B	96 bz u B
- - Pr.	4	91 B	91 bz
- - -	4½	100 B	100 B
Thüringer	4	124¼ bz	124¼ bz
- Pr.	4½	101 bz	101 bz
- III. Em.	—	101 bz	101 bz
Wilhelms-Bahn	4	— —	— —
- Neue	—	— —	— —
- Pr.	4	— —	— —

Ausländische Fonds.

		vom 1.	vom 29.
Braunschw. BA.	4	154 B	153½ G
Weimarsche -	4	135½-¾ bz	134-135 bz
Darmst. -	—	165-164¾ bz	164-164½ bz
Geraer -	—	117¼-½ bz	116½-116¾ bz
Oesterr. Metall.	5	84¼ bz	84 etw bz
- 54er PA.	5	Verloosung	108 bz
- Nat.-A.	5	86⅛ bz	86⅛ bz
- Banknot.	—	101¼ bz	101¾ bz
Russ.-Engl.-A.	5	108½ bz	108½ bz
- 5 % Anleihe	5	100 G	99⅞ G
- 6 % Anleihe	5	100½ G	100⅜ G
- Pln. Sch.-O.	4	84 bz	83⅝ G
Poln. Pf III. Em.	4	94 G	94 bz
Poln. 500 Fl. L.	4	88 G	88 bz
- A. 300 Fl.	5	95½ G	95¼ G
- B. 200 Fl.	—	21¼ G	21 G
Kurhess. 40 Tlr.	—	39¾ B	40 et bz u B
Badensche 35 Fl.	—	27½ B	27½ B
Hamb. P.-A.	—	Verloosung	71 B

Die Börse ist heute wiederholt durch das Wetter gestört worden und vermochte die Anfangs etablirten Course nicht zu behaupten, dennoch schlossen Meininger Credit-Actien und von den Eisenbahn-Actien die Anhalter höher, Commandit-Antheile aber niedriger als gestern.

Breslau, den 1. Juli. Die Börse war matt und Eisenbahn-Actien weichend, Fonds belebter und höher bezahlt.
Schluss-Course. Polnische Bank-Billets —. Oestreichische Banknoten 101⅔ Br. Breslau-Schweidnitz-Freiburger Actien 178⅞ Br. dito Neue Emission 167¾ Geld. Freiburger Prioritäts-Obligationen —. Neisse-Brieger 74¼ Geld. Oberschlesische Litt. A. 210¼ Br. Litt. B. 180¼ Br. Oberschlesische Prioritäts-Obligationen D. 90⅝ Brief. Oberschlesische Prioritäts-Obligationen E. 79 Br. Wilhelmsbahn (Kosel-Oderberger) 216¾ Br. Neue Emission 193¼ Br. Prioritäts-Obligationen 90¾ Br. (St.-Anz.)

Verantw. Redakteur: Dr. Julius Schladebach in Posen. — Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.